Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

C 21246 E

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Nr. 3 März 1971 | 5. Jahrgang | Preis 1 DM

Nach der Niederlage in Laos

PLANT NIXON ATOMSCHLAG ?

Genscher auf den Spuren Görings

Einem neuen Reichstagsbrandprozeß entgegen

Aus allen Rohren kapitalistischer Meinungsmache feuernd hat Bundesinnenminister Genscher im Verein mit Presse, Funk und Fernsehen, wie weiland NS-Reichsminister des Inneren Göring anläßlich des Reichstagsbrandes, zur Kommunistenhatz aufgerufen. Da heute der Brand des Bundeshauses wohl kaum einen Hund hinter dem Ofen hervorlokken und die gewünschten Emotionen erzeugen würde, bedient man sich subtilerer Mittel. Eine von Provokateuren oder Agenten des Amtes für Verfassungsschutz inszenierte Kindesentführung oder ein Warenhausbrand erzielen ähnliche Wirkung. Vor allem, wenn es sich um das Kind eines Busfahrers handelt.

Wer fürchtet denn wen in der heutigen Welt? Nicht das vietnamesische Volk, das laotische Volk, das kambodschanische Volk, das palästinensische Volk, die anderen arabischen Völker fürchten den USA-Imperialismus, sondern der USA-Imperialismus fürchtet die Völker aller Länder der Welt, und, sobald die Blätter im Wind rascheln, gerät er schon in Panik und Verwirrung". Mao Tsetung (Erklärung vom 20. Mai 1970).

Das weiße Haus in Washington war lange Zeit ein Symbol der Weltherrschaft des US-Imperialismus. Die dort residierenden Vertreter der Trusts und Konzerne – von Truman bis Johnson – gaben sich entsprechend selbstbewußt. Sie machten nie einen Hehl aus der verbrecherischen Politik, die

Fortsetzung S. 4



Spätestens seit dem Reichstagsbrand oder dem (von den Faschisten inszenierten) Überfall auf den Sender Gleiwitz, der Hitler als Grund für den Überfall auf Polen diente, wissen wir, wie der Klassengegner solche Dinge handhabt. Dabei ist es völlig egal, ob er bei solchen Provokationen durch eigene Agenten tätig wird, sich politischer Wirrköpfe (wie van der Lubbe) bedient, Kriminelle vorschiebt oder nur ihre Verbrechen ausnutzt. Der Zweck bleibt stets der gleiche. Mit verdächtiger Eile war denn auch die nordrhein-westfälische Landesregierung bereit, bare 20.000 Mark für die Freilassung des entführten Michael Luhmer (ein Arbeiterkind!) auf den Tisch zu legen. Eine recht zwielichtige Sache.

Keinesfalls zwielichtig jedoch war das Ziel, das mit dieser Aktion erreicht werden sollte: Eine weitere Verteufelung der sogenannten "Baader-Meinhoff-Bande". Und promt wurde dann ja auch die Baader-Meinhoff-Gruppe mit der Kindesentführung in Verbindung gebracht, und im Ausland erschienen Bilder der Baader-Meinhoff mit der Behauptung, daß sie im Zusammenhang mit der Entführung Michael Luhmers ständen. Im Inland war man etwas vorsichtiger. Die Lüge, daß zum Sozialismus tendierende Gruppen ausgerechnet Arbeiterkinder entführen, war denn doch wohl zu dick. So poolte man die Sache einfach auf "rechtsextremistische" Kreise (eine "Aktion Riga") um, in der Hoffnung, die Wirkung würde sich nicht wesentlich ändern.

Hexenjagd

Begonnen hatte die Hexenjagt auf sogenannte "Linksextremisten" als Innenminister Genscher am 13.2. die "Baader-Meinhoff-Gruppe" zum "Staatsfeind Nr. 1" erklärte und Kanzleramtsminister Ehmke von den "gefährlichsten Gangster" sprach, die es gab. Seitdem verging kaum ein Tag, an dem die bourgeoise Presse nicht voll in die Pogromhetze gegen links einstieg: "Apo-Mädchen schoß sich den Weg frei!" (Bild), "Die Bande, die vor nichts zurückschreckt" (Hamburger Abendblatt), Die "Gefährlichsten Terroristen, die es je in der Bundesrepublik gegeben hat" (Welt am Sonntag), "Meinhoff-Bande plant vier neue Banküberfälle. Diesmal mit Pistolen und Schnellfeuergewehren" (Bild am Sonntag), "Sie zu fangen ist schwer, denn: Honorige Herren helfen" (Welt am Sonntag) usw. usf.

Die Zielrichtung war klar: In beispielloser Weise versuchten die westdeutsche Bourgeoisie, ihre SPD/FDP-Regierung im Verein mit der reaktionären Springerjournaille eine Pogromstimmung gegen Westdeutschlands Linke zu erzeugen, sie in den Augen der Öffentlichkeit zu diskreditieren, vor allem aber ein Verbot der sich formierenden marxistisch-leninistischen Bewegung vorzubereiten.

Man versuchte öffentlich wie intern einen Zusammenhang zwischen der terroristischen Baader-Meinhoff-Gruppe und der marxistisch-leninistischen Bewegung zu konstruieren. So hieß es in einer Sondernummer des "Bundeskriminalblattes", dem vom Bundeskriminalamt herausgegebenen internen Fahndungsblatt, das am 15.2. allen westdeutschen Polizeidienststellen zuging: "Die Angehörigen der Gruppe seien davon überzeugt, daß auch die gültige Rechtsordnung nur Ausdruck der 'volksfeindlichen Gewaltverhältnisse' in der

Fortsetzung S. 2

Genscher — Göring

Fortsetzung

BR Deutschland sei." Davon ist allerdings jeder Marxist-Leninist, jeder Kommunist überzeugt, was damit also de facto eine Kriminalisierung der gesamten marxistisch-leninistischen Linken bedeutet.

Notstandsübung

Parallel zu dieser Hetzkampagne probte die Polizei den Notstand. Dabei wendete sie die verschiedensten Methoden des Polizeiterrors an: Flughäfen wurden kontrolliert, Bahnhöfe abgesperrt, Straßensperren errichtet, zahlreiche Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Festnahmen und Verhaftungen durchgeführt. Allein 50 mal Tag für Tag gab die Sicherungsgruppe Bonn in einer Woche Alarm. Schon Wochen und Monate vorher hatte die Polizei Nordrhein-Westfalens ihren Terror gegen die Bevölkerung gesteigert. Durch Sperrung ganzer Autobahnabschnitte – angeblich auf der Jagd nach Alkoholsündern – probte man den Ernstfall. Man wollte die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen, sie sollte gar nicht erst auf den Gedanken kommen, sich etwa gegen die Obrigkeit renitent zu verhalten. In diese Richtung der Einschüchterung zielt auch die dieser Tage erfolgte drastische Erhöhung der Verkehrsstrafen. Der "kleine Mann" soll wieder einmal die Machtinstrumente des kapitalistischen Staates fürchten lernen.

Warum eine Nazipartei, wenn die SPD/FDP-Koalition die Aufgabe der Faschisierung viel besser übernimmt. Von den Nazis, den offenen Faschisten, weiß man, daß sie bei der Bevölkerung höchst unbeliebt sind. Die Rolle, die sie spielt. **Jeder Kommunist weiß, daß die Bourgeoisie in der Regel ein Verbot seiner Partei durch eine scheinheilige Kampagne gegen "rechts" vorzubereiten sucht. So 1951, als neben dem Verbot der FDJ und dem Verbotsantrag gegen die KPD die faschistische SRP verboten wurde.**

Auch heute verfährt man nach eben diesem bewährtem Muster, wobei der Schlag weniger gegen rechts sondern zur Hauptsache gegen links erfolgt. Dem Verbot einiger faschistischer Grüppchen folgt das Verbot und die Kriminalisierung der gesamten revolutionären Linken, außer natürlich der revisionistischen DKP, die ihr Wohlverhalten gegenüber der Bourgeoisie dadurch bewies, daß sie versuchte und versucht, Teile der 2. Juni-Bewegung vom revolutionären Kampf gegen den Klasssengegner abzuhalten.

Der Vorwand für ein Verbot der marxistisch-leninistischen Bewegung, der KPD/ML soll durch den angeblichen Terror der Baader-Meinhoff-Gruppe geschaffen werden. **Gäbe es diese Gruppe nicht, das Amt für Verfassungsschutz hätte sie sicher eigens erfunden!** Und so wie im Reichstagsbrandprozeß ein van der Lubbe den Nazis dazu diente einen Dimitroff auf die Anklagebank zu zerren, werden wir in einem kommenden "Reichstagsbrandprozeß" sicher ähnliches erleben.

Was ist das nun, die Baader-Meinhoff-Gruppe, die zum "Staatsfeind Nr. 1" emporgejubelt wurde und den Bundesbürgern als Ausbund alles Bösen gelten soll? Gibt es sie überhaupt? Sicherlich gibt es eine Ulrike Meinhoff, die früher als Kolumnistin der Zeitschrift "konkret" eine scharfe Feder gegen die Monopolbourgeoisie führte. Sicherlich gibt es auch einen Anarchisten namens Baader, der meinte, durch das Ankokeln eines Kaufhauses könne er die Massen zum Sturz der bestehenden Ordnung mobilisieren. **Mit absoluter Sicherheit gibt es aber auch ein Amt für Verfassungsschutz, das durch seine 8-Groschen-Jungs unter dem Namen der Baader-Meinhoff versucht, durch Aktionen à la Kindesentführung etc. Provokationen zu starten.** Es ist ja geradezu typisch für Gruppen solcher Art, daß sie auf Grund ihrer Struktur leicht von Agenten unterwandert werden können.

Was unterscheidet uns von der Baader-Meinhoff-Gruppe?

Darauf, was uns unterscheidet, haben wir in einem Grundsatzartikel in Nr. 8/70 des ROTEN MORGEN "Ökonomismus und Terrorismus" ausführlich hingewiesen. Hier nur kurz zur Erinnerung:

Dem fortgeschrittensten Teil der Arbeiterklasse mit seiner marxistisch-leninistischen Partei ist aufgrund der Erfahrungen der Geschichte der Arbeiterbewegung, aufgrund der gegenwärtigen Klassenverhältnisse und aufgrund der aktuellen Klassenauseinandersetzung völlig klar, daß es keinen friedlichen Weg gibt.

Deshalb verhehlen wir auch nicht, daß es keinen anderen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse gibt, als den über die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Daraus aber ergibt sich auch unsere Auffassung zur Frage der Gewalt. Der Kapitalismus hat seit seinem Bestehen ständig und immer Gewalt angewandt, um seine volksfeindliche Herrschaft zu sichern. Er hat Millionen und aber Millionen Menschen in seinen imperialistischen Raubkriegen ...

2. Ihre "Organisationsfeindlichkeit (besonders die absolut ablehnende Haltung gegenüber der bolschewistischen Partei), die Theorielosigkeit, der Subjektivismus beim Anwenden der Erfahrungen anderer Revolutionen, die Ablehnung jeden Planes zugunsten spontaner Aktionen."

3. Daß sie den Kampf gegen die Bourgeoisie nicht als Klassenkampf, als Kampf des Proletariats seine Befreiung begreifen, daß sie nicht bereit ist, ihre persönlichen Interessen denen des Proletariats unterzuordnen.

Revolutionäre Geduld

Um es an einem Beispiel zu veranschaulichen. Auf Seite 5 dieses ROTEN MORGEN berichten wir über die revolutionären Kämpfe im Herzland des Imperialismus, den USA. Nun könnte vielleicht ein Leser auf die Idee kommen und sagen: "Na und, wenn die das Kapitol in die Luft jagen, warum wir dann nicht das Bundeshaus? Wenn die die Offiziere ihrer 'pigs' erschießen, warum wir dann nicht die unserer 'Bullen'"? Warum nicht? Der Grund hierfür ist sehr einfach: weil in den USA eine andere Klassenkampfsituation herrscht. Der USA-Imperialismus führt gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung einen Angriffskrieg in Indochina, die wirtschaftliche Lage ist katastrophal (5 Millionen Erwerbslose), rund 20 Prozent der Bevölkerung lebt am Rand des Existenzminimums. Die farbigen Minderheiten des Landes werden blutig verfolgt. Die Faschisierung des öffentlichen Lebens ist weiter fortgeschritten als bei uns. All das schafft Bedingungen für weitgehende Kampfmaßnahmen.

Wer bei uns beispielsweise z.Zt. als "revolutionäre Aktion" ein Warenhaus anzünden oder einen Polizisten erschießen würde, würde auf das breite Nichtverstehen der Volksmassen stoßen. Tut er es dennoch, zeigt er nur seine Massenverachtung. Etwas anderes aber wäre es beispielsweise, wenn derzeit an- Amerikahäuser, USA-Botschaft und -Konsulate oder die Zentren von USA-Firmen zu Bruch gingen. Dafür hätte ein Großteil des Volkes volles Verständnis, weil es, wie wir, die Verbrechen des US-Imperialismus in Indochina verurteilt. **Die Revolution, den gewaltsamen Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates vorzubereiten aber bedingt, wie Lenin es ausdrückte "revolutionäre Geduld" haben.**

In einer Zeit, in der die Arbeiterbewegung Westdeutschlands gekennzeichnet ist vom Aufbau der politischen Partei des Proletariats, in der also alle ideologischen, politischen und natürlich auch militärischen Voraussetzungen geschaffen werden, um den Kampf des Proletariats zu führen, dessen höchste Form der bewaffnete Aufstand ist, in solch einer Zeit den Guerillakrieg zu erklären, eine "Rote Armee" auszurufen, wie im Herbst vergangenen Jahres in Westberlin geschehen, das ist ein wahres Lehrstück ananrchistischen Denkens. **Dem bewaffneten Kampf als höchster Form des Klassenkampfes, der auf verschiedene Art, z.B. durch eine bewaffnete Revolution, die rasch zu Ende geht, oder sich in einen langen Volkskrieg umwandelt, durchgeführt wird, haben alle anderen Formen des revolutionären Klassenkampfes zu dienen, sie müssen je-**

liebt sind und zu Recht mit offenem Haß verfolgt werden. Deswegen versucht man, die offenen Faschisten der "Aktion Widerstand" in einen Topf mit der revolutionären Linken, den Marxisten-Leninisten zu werfen. Damit soll der Haß der Bevölkerung gegen sie gerichtet werden. **So verlangte denn auch der Altrenegat und Arbeiterverräter, SPD-Vorsitzender Wehner, vor kurzem auf einer SPD-Gebietskonferenz in Bochum neben dem Verbot der "Aktion Widerstand" das Verbot der: Extremisten der anderen Seite.**

Von der SPD war nichts anderes zu erwarten, hat sie doch in Verfolgung und Mord an Arbeitern seit dem 1. Weltkrieg Tradition. Man braucht dabei nur an den "Bluthund Noske", SPD-Reichswehrminister, zu denken, der 1919/20 Freikorpsverbände auf die Arbeiterklasse hetzte und an dessen Händen das Blut zahlreicher ermordeter Arbeiter klebte oder an seinen Parteifreund Zörgiebel, der als Polizeipräsident den 1. Mai 1929 mit dem Blut von 29 ermordeten Berliner Arbeitern garnierte. **Die SPD-Bonzen haben sich schon seit langem als treue Vollstrecker des Willens der Bourgeoisie erwiesen und sind auch heute wieder bereit, ihre Lakaienrolle durch besonders eifrige Dienstbarkeit zu beweisen.**

Schlag gegen Links

Daß sich auch die DKP-Führung, Bachmann und Konsorten, an dieser Hetze gegen die sogenannten "Links- und Rechtsextremisten" beteiligen zeigt anschaulich den Niedergang dieser Partei, ihre Rolle, die sie seit ihrer Zulassung durch die Monopolbourgeoisie vor 2½ Jahren

chen Übergang zum Sozialismus gibt. Anders als die Revisionisten der DKP, die das friedliche Hineinwachsen über den Weg der Reformen und des Parlaments in den Sozialismus propagieren und damit die Arbeiterklasse betrügen, halten wir es mit Marx und Engels, die im Manifest der Kommunistischen Partei erklärten:

> **"Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwekke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen."**

gen verheizt. Er schreckt, um seinen unausbleiblichen Untergang hinauszuzögern, vor den blutigsten Massakern nicht zurück, wie zur Zeit der Krieg in Indochina beweist. Dieser konterrevolutionären Gewalt der herrschenden Klasse antworten wir mit der revolutionären Gewalt der Unterdrückten: "Jeder Kommunist muß diese Wahrheit begreifen: **'Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen'".** Gleichzeitig aber heißt es auch bei Genosse Mao Tsetung: **Die Partei kommandiert die Gewehre, und niemals darf zugelassen werden, daß die Gewehre die Partei kommandieren."**

läßlich eines Angriffs der US-Imperialisten auf die DRV oder die Volksrepublik China bei uns die

doch so beschaffen sein, daß sie die Massen eben für die gewaltsame Revolution erziehen und ausbilden.

Ernsthaft Gefahr

Warum nun die hektische Betriebsamkeit der SPD/FDP-Regierung, ihr Versuch die gesamte revolutionäre marxistisch-leninistische Bewegung Westdeutschlands in den Augen der Öffentllichkeit zu diffamieren und ihr Verbot vorzubereiten? Das Handelsblatt vom 19/20 Februar formulierte es so: "Die in jüngster Zeit spürbar verstärkten Aktivitäten der Kommunisten in den Betrieben. . . könnten für unsere Wirtschaft und den Staat nur dann eine ernsthafte Gefah werden, falls es einmal zu einer großen Wirtschaftskrise käme."

Da also liegt der Hase im Pfeffer. Sie haben Angst, Angst vor der auf sie zukommenden Krise. Deshalb wollen sie vorbeugen, deshalb ihr Versuch, die marxistisch-leninistische Bewegung, die sich noch im Zustand des Zirkelwesens befindet im Keim zu zerschlagen. Wir aber sollten daraus lernen ehe es zu spät ist.

Zur Frage der Gewalt

Wann wir also Gewalt anwenden, wie und in welcher Form hängt immer von der nüchternen Einschätzung der Klassenverhältnisse, der Klassenkampfsituation und der Reife der revolutionären Bewegung ab. Mit anderen Worten, man kann eine Revolution nicht durchführen, wenn die Massen sie nicht wollen, wenn nicht wenigstens ein großer Teil der Arbeiter bereit ist zum bewaffneten Kampf gegen die bestehende kapitalistische Ordnung, wenn die revolutionären Kämpfer in den Volksmassen "nicht schwimmen können wie ein Fisch im Wasser".

Wie steht es nun mit der Frage des Terrors, wie ihn die "Baader-Meinhoff"-Gruppe anwendet? Hier ist es nützlich, sich die Worte Lenins in Erinnerung zu rufen: **"Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können wir ihn nicht ablehnen. Er ist eine Kriegshandlung, die in einem bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, bei einem bestimmten Zustand des Heeres und unter bestimmten Bedingungen durchaus tauglich und sogar notwendig sein kann."** (Was tun).

Und das ist es, was wir der "Baader-Meinhoff"-Gruppe vorwerfen, daß sie weder den bestimmten Zeitpunkt der Schlacht, den bestimmten Zustand des Heeres, noch die bestimmten Bedingungen berücksichtigt, sondern den Kampf als das individuelle Abenteuer einiger Herren und Damen betrachten, die meinen, von sich aus Revolution machen zu können.

Was wir ihnen vorwerfen ist, wie wir bereits in Nr. 8/70 des RM schrieben:

1. Daß sie die Spontanität vergöttern "nämlich die des Protestes bestimmter Gruppen des Kleinbürgertums, eines blinden Protestes gegen das Kapital und seinen Staat, der sich in vom Kampf der Arbeiterklasse losgelöster Militanz äußert."

Genossinen und Genossen der anderen marxistisch-leninistischen Gruppen und Organisationen laßt uns gemeinsam in sachlicher und prinzipienfester Diskussion den schädlichen Zustand des Zirkelunwesens, das Ausfluß des kleinbürgerlichen Konkurrenzdenkens und Individualismus ist, überwinden. Die KPD/ML ist der Meinung, daß viele, ja die meisten Widersprüche der Marxisten-Leninisten untereinander Widersprüche im Volk und nicht zwischen uns und dem Gegner sind. Zu antagonistischen Widersprüchen werden sie erst da, wo Gruppen den Revisionisten zu folgen beginnen. Stellen wir als ersten Schritt jede unsachliche prinzipienlose Polemik gegeneinander ein. Beginnen wir die Diskussion um noch zu klärende Fragen mit dem Ziel der Einheit. Der Einheit auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen. Der Einheit in der bolschewistischen Partei des Proletariats.

Dem Klassengeegner aber, dem Wehner und Strauß, dem Genscher und Barzel ins Stammbuch: Die KPD/ML, die KommunistischeParteiDeutschlands/Marxisten-Leninisten ist schon heute nicht mehr zu verbieten! Der Zeitpunkt wurde verpaßt. Auch unter illegalen Bedingungen werden wir unseren Kampf bis zum siegreichen Ende führen!

Mannesmann-Arbeiter pfeifen DKP-Betriebsrat aus

Das hatte sich der DKP-Betriebsrat Meyer wohl nicht träumen lassen: daß er von den Mannesmann-Arbeitern in Duisburg-Hucklingen (Belegschaft 12.000) auf der Belegschaftsversammlung ganze 5 Minuten ausgepfiffen würde! Hatte er den Stahlarbeitern doch gerade so schön klargemacht, wie gut sie es bei Mannesmann hätten und daß sie es dem Betriebsrat verdanken, daß es noch keine Entlassungen wie bei der Duisburger Kupferhütte gegeben hat. Dann steigerte er sich auf den Zuruf eines Kollegen hin noch und rief: "Wem's hier nicht gefällt, der kann ja gehen!" Da platzte den Kollegen endgültig der Kragen. Sie pfiffen und buhten ihn aus, und als er wieder den Mund aufmachen wollte, riefen sie "Hau ab", "Raus" und "Pfui" – bis Meyer endlich abzog.

Wie erklärte der DKP-Betriebsrat später diese wuchtige Abfuhr? – Er geht mit der Theorie hausieren, die Rote Betriebsgruppe Mannesmann der KPD/ML hätte eine Menge Leute in die Versammlung geschickt, die die Kollegen gegen ihn aufwiegelten!

all diese Dinge aufgezeigt und hat entlarvt, wie der Betriebsrat die Kollegen verraten und verkauft hat. Die Rote Betriebsgruppe ist noch jung und war deshalb nicht in der Lage, im Dezember einen Streik zu organisieren, als der Henne-Plan vom Betriebsrat in 2 Wochen über die Bühne gepeitscht wurde, ohne im geringsten die Belegschaft zu hören, und wo vom Betriebsrat alles getan wurde, um einen Streik zu verhindern.

Viele Kollegen waren bereit, sich gegen diesen erneuten Angriff zur Wehr zu setzen, alle haben sie auf die ersten 20 gewartet, die zum Tor ziehen.

Viele Kollegen sagten am Anfang zum 'Röhrenkieker': "Die geh'n aber hart ran". Aber weil im 'Röhrenkieker' die Wahrheit steht, deshalb wird die Rote Betriebsgruppe zu einer immer stärkeren Kraft. Deshalb sind die Arbeiterverräter im Betriebsrat vor den Entlarvungen im 'Röhrenkieker' am Zittern, deshalb hat der DKP-Betriebsrat Meyer schon Angstträume und glaubt, das wären alles "Aufwiegler" gewesen, die ihn ausgebuht haben – genauso wie die Kapitalisten einen Streik immer als das Werk von einigen Aufwieglern hinstellen.

Daß gerade KPD-Meyer von den Kollegen ausgepfiffen wurde, darin kommt die ganze Wut über

DER RÖHRENKIEKER



BETRIEBSZEITUNG DER ROTEN MANNESMANN-BETRIEBSGRUPPE DER KPD/ML Nr. 2/70

Was ist los bei Mannesmann?

Schon seit einiger Zeit haben sich die Widersprüche im Betrieb verschärft. Nachdem im letzten Jahr mehrere Werksteile stillgelegt und über 15.000 Kollegen 'umbesetzt' wurden, starteten die Mannesmann-Herren kurz vor Weihnachten einen neuen Angriff.

listen nützt und nicht den Arbeitern, das haben alle Kollegen erkannt. Sind sie doch davon betroffen und können jetzt jahrelang nicht mehr mit ihrer Familie in Urlaub fahren, werden sie doch ständig im Betrieb herumgeschoben, haben sie doch jetzt weniger Geld in der Lohntüte und müssen noch mehr schuften

Arm in Arm mit den Faschisten

"Es gilt, einen Irrtum richtigzustellen. Seit einiger Zeit erscheint die Betriebszeitung "Röhrenkieker" von der KPD/ML. Dieses Blatt unterscheidet sich kaum von Springers "Bildzeitung". Obwohl in ihrer Organisation in mehrere Gruppen unterschiedlicher Auffassungen zersplittert, sind sie sich in einem Punkte einig: Im modernen antikommunistischen Kampf gegen die Sowjetunion, die DDR und unsere DKP, gegen die Gewerkschaften, die Vertrauensleute, Betriebsräte und gegen die Jusos. Dabei bezeichnen sie sich fälschlicherweise als Kommunisten.

Ihr Ziel ist klar. Entstellte Berichte über sozialistische Staaten sollen den Kommunismus in Mißkredit bringen. Dadurch unterstützen sie die herrschenden Kreise des Monopolkapitals, die revanchistischen Kräfte um Kiesinger, Barzel und Strauß bis hin zu Thadden und ihnen nahestehende Organisationen. Es ist bezeichnend für die KPD/Ml, daß sie außerdem gegen die Organisation Hetzkampagnen startet, die die Interessenvertretung der arbeitenden Menschen darstellt - gegen die Gewerkschaft. Außerdem ist es bedenklich, daß sie seit Erscheinen ihrer Betriebszeitung nicht ein einziges Mal Stellung gegen die Neonazis bezogen haben. Hier bestehen unter dem Deckmantel schönklingender Phrasen gemeinsame Interessen. Sie haben keine konkreten Vorstellungen, geschweige denn ein Programm. Sie tragen durch ihr militantes Vorgehen nicht zur Einigung, sondern zur Schwächung und Splitterung der Arbeiterklasse bei. Die Funktion der KPD/ML besteht also darin, als Spaltpilz tätig zu sein und die Einigung der Arbeiterklasse zu erschweren und zu verhindern. Eine Bestätigung für diese Einschätzung kommt auch in einer Verlautbarung des Bundesinnenministeriums zum Ausdruck, das im Frühjahr 1969 auf eine Anfrage hin wissen ließ, daß ein Vorgehen gegen die KPD/ML nicht beabsichtigt sei, weil sie eine nützliche Rolle spiele. Das stimmt in der Tat. Sie nützen dem kapitalistischen System, indem sie unter kommunistischem Namen antikommunistische Parolen verbreiten, gewerkschaftsfeindlich eingestellt sind und somit eine Stütze des herrschenden Monopolkapitals darstellen, welches sie zum Schein bekämpfen. Dadurch soll die Arbeiterklasse verwirrt werden. Durch ihre radikalen Umtriebe stellen sie sich mit den Faschisten in eine Reihe und lassen dem Verfassungsschutz eine Hintertür offen, um gegebenenfalls gegen Kommunisten vorgehen zu können.

Wir von der DKP halten es deshalb für erforderlich, festzustellen:
Die maoistische KPD/ML ist weder identisch mit der DKP noch eine ihr gleichgerichtete Nebenorganisation. Ebensowenig hat der "Röhrenkieker" etwas mit "Roter Punkt" gemeinsam.

Vergleiche:
Hetztiraden gegen den Sozialismus, Haßgesänge gegen DGB, SPD, DKP, Verunglimpfung gewählter Betriebsfunktionäre in den primitivsten Pamphleten der KPD/ML reihen sich unterschiedlos an die antidemokratischen, gewerkschaftsfeindlichen Äußerungen der Barzel, Kiesinger, Strauß und Thadden an."

Auf Vorschlag des Arbeitsdirektors Henne wurde ein neuer Schicht- und Freizeitplan festgesetzt, der die Mannesmann-Arbeiter noch stärker als bisher an die Kette der Mannesmann-Herren legt, der es den Kapitalisten ermöglicht – und das war das Hauptargument auch des Betriebsrates –, daß die Umbesetzungen jetzt vereinfacht würden, daß sich die Kapitalisten jetzt noch reibungsloser auf die Krise vorbereiten können.

Denn der Henne-Plan besagt: die Arbeitszeit und auch der Urlaub eines jeden Arbeiters werden auf Jahre hinaus geplant. Für jeden Betrieb wird die Soll-Stärke der Belegschaft festgesetzt, damit die Kapitalisten wissen, mit wie wenig Arbeitern sie maximale Profite erzielen; damit zum Beispiel kein Handwerker zu viel da ist, dem man früher Überstunden bezahlte. Jetzt gibt es die 40- statt 42-Stunden-Woche. dadurch wurden – laut Betriebsrat – Entlassungen verhindert; jetzt muß in kürzerer Zeit noch mehr gearbeitet werden. Die 2 Stunden weniger pro Woche werden jährlich in einem 14tägigen Freizeitblock zusammengefaßt, für den es als Zukkerbrot 5 Jahre lang eine Sonderzahlung gibt – aber auch nur für einen Teil der Belegschaft und nach 5 Jahren muß jeder die Freizeit antreten, ohne einen Pfennig Geld zu kriegen und ohne beispielsweise Anspruch auf Lohnfortzahlung zu haben, wenn man krank wird.

Um die Planung der Ware Arbeitskraft noch zu vervollständigen, wurde den Mannesmann-Arbeitern in Huckingen mit dem Henne-Plan auch noch der Jahreslohn beschert. Jeden Monat kriegt man jetzt einen Abschlag für ca 173 Stunden; erst nach 56 Wochen kommt die genaue Abrechnung.

Daß der Henne-Plan den Kapita-

usw. usf.

Außerdem weiß keiner so recht, was noch alles für Pferdefüße des Henne-Plans auftauchen.

Daß der Henne-Plan kein "Schritt vorwärts", kein entscheidender Durchbruch ist, wie ihn die IG Metall preist, daß Jahreslohn nichts mit garantiertem Monatslohn zu tun hat, das zeigt sich immer klarer. Jetzt hat Mannesmann z.B. angekündigt: aus dem Röhrenbereich werden 8.000 Kollegen abgeschoben, 3 Werke werden zugemacht.

Von wegen garantierter Monatslohn, von wegen Verhinderung von Entlassungen! Aber auf der anderen Seite steht fest: Unser Leben wird noch mehr von den Kapitalisten "geplant".

Der 'Röhrenkieker', die Betriebszeitung der Roten Betriebsgruppe Mannesmann der KPD/ML, hat

die Verrätereien des Betriebsrats zum Ausdruck. Denn Meyer war einer von denen, der sich vor der Wahl besonders "fortschrittlich" gegeben und große Sachen versprochen hat. Meyer ist genauso wie die meisten anderen der 35 BR-Mitglieder (alle freigestellt, alle kriegen Spitzenlohn) von den Kapitalisten korrumpiert worden. Jetzt arbeitet er auch schon neben seiner BR-Tätigkeit in der Personalverwaltung für die Kapitalisten – da ist er für die Umbesetzungen zuständig! Auch der 'Rote Punkt', die Betriebszeitung der DKP bei Mannesmann, ist mit seiner rosaroten Kritik bei den Kollegen unten durch. Und wenn da auch drinsteht "kein echter Fortschritt", "man sollte doch bedenken ..." ... – so bleibt bei den Taten der DKP-Mitglieder in der Auseinandersetzung im Betrieb nicht mal mehr eine zahme Kritik an den Kapitalisten übrig. Nein, die DKP-Betriebsräte stimmen dem Henne-Plan sogar zu!

Obiger Artikel erschien in einer Betriebszeitung der DKP bei Mannesmann in Duisburg. Wir veröffentlichen ihn nicht, weil wir uns darüber ärgern. Keineswegs! Im Grunde genommen freuen wir uns über solche Artikel, werfen sie doch ein bezeichnendes Licht auf die revisionistische DKP. Die DKP entlarvt sich dabei nur noch mehr. Sie macht nämlich das Gleiche, wie die Staatsorgane und die Politiker der Monopolbourgeoisie. Diese nämlich reden auch immer von der Gefahr von rechts und links. Sie behaupten beispielsweise, daß der Staat kaputt gemacht worden sei. Fest steht allerdings, daß die Nazis ganz gute Wegbereiter hatten, und das waren nicht nur Brüning, Hugenberg und Papen, das waren auch vor allem Ebert, Noske, Scheidemann, es waren Zörgiebel und seine Kumpane – es waren die führenden Leute der SPD. Sie schimpften nach rechts, aber schlugen nach links zur KPD.

Nicht anders die revisionistische DKP. Während sie mit gehässigen Verleumdungen, mit tätlichen Angriffen, mit persönlichen Verunglimpfungen nach links schlägt, paktiert sie mit den Wegbereitern des neuen Faschismus, ebenfalls SPD.

Aber solche Artikel sind nicht nur entlarvend dafür, wessen Geistes Kind Bachmann und Konsorten sind, sondern die DKP tut uns einen Gefallen. Stoßen wir doch immer wieder bei der Arbeiterklasse auf Schwierigkeiten, weil man uns mit der DKP verwechselt. Wir müssen in langwierigen Diskussionen den Arbeitern klar machen, daß wir Kommunisten sind, keine DKPisten. Wenn die DKP nun in eigenen Publikationen uns diese Arbeit abnimmt, freuen wir uns darüber. Es erspart uns viel Arbeit.

OPEL-Bochum – Kampf des Dreibundes

ZÜND KERZE

Betriebszeitung der roten Opel-Betriebsgruppe (RBG) der KPD/ML

Ganze 5 Nummern der "Zündkerze", der Betriebszeitung der Roten Opel-Betriebsgruppe der KPD/ML, waren nötig, um den Betriebsrat der Firma Opel und die hinter ihm stehende IGM zu einer Aktion zu veranlassen, die diese "Kollegen" als das entlarvte, was sie in Wirklichkeit sind: Kämpfer gegen die Arbeiterklasse.

Was war geschehen?

SPD-Betriebsgruppe, IGM-Bezirksverwaltung und Betriebsrat hatten Wind davon bekommen, daß eine "ZK"-Nummer im Anmarsch war, die ihre Praktiken beim Opelstreik, nämlich organisiertes Streikbrechertum, gebührend unter die Lupe nehmen würde. Die Verteilung mußte verhindert werden. Die Mittel, derer sie sich dabei bedienten, machen jedem Arbeiterverräter Ehre: Schlägertrupps und Staatsgewalt.

Erstes Mittel

Am Montag, dem 9.11., erschien die Nr. 5 der "ZK". Wie schon die vorigen Nummern wurde auch diese zum Großteil von KSB/ML-Genossen verteilt. Kaum waren die Verteiler vor den Toren angelangt, machte ein weißer Opel-Rekord eine Rundfahrt um den Betrieb. Die Insassen: "Kollegen" der SPD-Betriebsgruppe und der IGM. Dick vermummt und ausgerüstet mit Regenschirmen. An den Toren stiegen sie aus, entrissen mit Gewalt die "ZK" den Verteilern und brausten dann zum Rapport davon.

Betriebsrat Black, der sonst immer erst um 8 Uhr im Betrieb erscheint, begutachtete dieses muntere Treiben aus einem Kneipeneingang. Kollegen machten unsere Genossen darauf aufmerksam. Als er zur Re-

Fortsetzung S. 4

Plant Nixon Atomanschlag?

Fortsetzung

sie betrieben, um überall auf der Welt ihren Auftraggebern neue Märkte und Einflußgebiete zu erobern. Im Gegenteil: sie brüsteten sich damit. Noch Johnson, der den imperialistischen Krieg gegen das Volk von Vietnam entscheidend verschärft hatte, tönte arrogant, er werde "Hanoi an den Verhandlungstisch bomben". Und sein General Le May übersetzte in Klartext: es gehe darum, die DRV "in die Steinzeit zurückzubombardieren".

Heute – fünf Jahre nach dem Beginn der Luftüberfälle auf die DRV – hat sich die internationale Lage entscheidend verändert, bröckelt die Macht des US-Imperialismus von Tag zu Tag. Heute ist das Weiße Haus in Washington zu einer Zitadelle, zu einer bewachten Festung geworden. "Die dort an sich schon strengen Sicherheitsmaßnahmen" – so wurde gemeldet – "sind noch weiter verschärft worden. Ein Dutzend Schildwachen schirmen jedes Tor und jeden Zugang ab. Mächtige Scheinwerfer und ein Netz von elektronischen Alarmanlagen bedecken das ganze Gelände." Kann es ein besseres Symbol geben für die totale Isolation des US-Imperialismus? Und ist nicht der einst so biedermännische "Tricky Dick" Nixon die Figur, die den überall angeschlagenen, von inneren Krisen geschüttelten US-Imperialismus am besten repräsentiert? Ein "Friedenspräsident", der, wenn er seine Festung verläßt, riskiert, vom empörten Volk mit Steinen und Flaschen beworfen zu werden. Der die Aggressionen gegen die Völker der Welt – wie zuletzt den Überfall auf das laotische Volk – mit Nachrichtensperren krampfhaft vor dem amerikanischen Volk zu verstecken versucht. Der gleichzeitig mit der Invasion ein Weltraum-Spektakel veranstaltet, bei dem einige Astronauten wie Akrobaten-Clowns in der Zirkuskuppel einige Kunststückchen vorführen in der Hoffnung, das Publikum werde dann nicht auf das sehen, was zu ebener Erde geschieht.

US-Imperialismus im Sumpf

Nachdem Johnson in Vietnam von einer Niederlage in die andere getaumelt war, nachdem der Widerstand des amerikanischen Volkes gegen ihn immer machtvoller wurde, hatte die imperialistische Bourgeoisie ihn fallen lassen wie eine heiße Kartoffel. Stattdessen holte sie den angestaubten "ewigen Verlierer" Nixon hervor, der, wie die bürgerliche "Weltwoche" in eleganter Untertreibung schrieb, "an die Erdölwelt gebunden" ist. Diese Erdölwelt, das heißt, eine Handvoll Konzerne, unter ihnen die Standard Oil of California, haben in Südostasien mit Investitionen begonnen, bei denen, so sagte der amerikanische Botschafter in Tailand, "ein sehr, sehr großes Geschäft zustande kommen könnte". Im Golf von Thailand und vor den Küsten anderer südostasiatischer Länder verlaufen Erdöllagerungen, die wahrscheinlich die größten Reserven der Welt enthalten.

Der "Erdölwelt" dieses gigantische Geschäft zu sichern, bedeutet nichts anderes, als die Herrschaft des US-Imperialismus auf ganz Südostasien auszudehnen und zu befestigen. Um dem Widerstand des amerikanischen Volkes gegen die mörderische Indochina-Politik die Spitze abzubrechen, hüllt Nixon die wahren Absichten seiner Auftraggeber in eine seiner berüchtigten "Friedensoffensiven". Er gab die Parole von der "Vietnamisierung des Krieges" aus und verkündete, die US-Truppen würden sich nach und nach zurückziehen.

In Wahrheit verschärfte Nixon die Aggression gegen die Völker Indochinas. Er wandte dabei folgende Taktik an:

- Auf der einen Seite dehnte er die Bombenüberfälle auf die Demokratische Republik Vietnam und das südliche Laos aus. (Allein auf Laos fielen mehr Bomben als während des gesamten zweiten Weltkrieges auf ganz Europa.)

OPEL-Bochum

Fortsetzung

de gestellt werden sollte, war er hinter Opels schützenden Mauern versucht, wurde von der Mehrheit der Kollegen entlarvt. Als in der näch-

▼ Kämpfer einer Luftabwehreinheit der laotischen Volksbefreiungsarmee in voller Gefechtsbereitschaft.



ken Aggressoren, wie viele Flugzeuge und Kanonen – oder welche modernen Waffen sie auch immer besitzen mögen – sind nichts als Papiertiger und können besiegt werden."

Sieg im Volkskrieg

Das laotische Volk unter der Führung der Laotischen Patriotischen Front handelt wie die anderen Völker Indochinas nach diesem Gesetz der Geschichte. Trotz aller Intrigen und Angriffe der US-Imperialisten, trotz der pausenlosen Bombenüberfälle hat die Patriotische Front mehr als zwei Drittel des Landes befreit und in diesen Gebieten große Aufbauerfolge erzielt. Die Volkskooperativen haben in den befreiten Gebieten die landwirtschaftliche Nutzfläche um mehr als 10% erhöht. Während das übrige Land immer mehr in wirtschaftlichem Chaos und einem Sumpf von Korruption versinkt, haben die befreiten Gebiete durch Verbesserung der Anbaumethoden ihre Agrarproduktion ständig gesteigert.

gedrängt, die Initiative in Indochina liegt heute eindeutig bei den revolutionären Kräften. Die befreiten Gebiete von Nieder-Laos, von Nordost-Kambodscha und Südvietnam sind zu einem einzigen befreiten Gebiet geworden, zu einem starken und gefestigten Stützpunkt im Befreiungskrieg Indochinas.

Die US-Imperialisten und ihre Marionetten mußten inzwischen am eigenen Leib erfahren, daß der Kampf der Völker Indochinas in eine neue Phase eingetreten ist. Der Überfall auf Laos brachte ihnen eine der größten Niederlagen in ihrem Aggressionskrieg ein. Sie sind in eine Falle getappt, aus der es kein Entrinnen gibt. Ganze Spezial-Einheiten wurden vollständig aufgerieben, US-Bomberpiloten verweigern wegen der ausgezeichneten Luftabwehr die Einsätze.

Die US-Imperialisten stecken im Sumpf. Den entschlossen kämpfenden Völkern Indochinas haben sie nichts entgegenzusetzen als noch mehr Bomber, noch mehr Panzer – und das heißt letztlich

ter Opels schützenden Mauern verschwunden! Bei Werk II zur Mittagsschicht das gleiche Bild. Einer der Schläger war der stellvertr. Vertrauensleute-Vorsitzende. Die fünf Schläger zerrissen einem Genossen die Kleidung und versetzten ihm einen Kinnhaken. Zweien verließ aber der Mut. Schlagen wollten sie eigentlich nicht. Auf die Frage, was dieses Vorgehen allerdings sollte, gaben sie zur Antwort: Die "ZK" stifte Unruhe, sie untergrabe das Vertrauen der Kollegen in Betriebsrat und IGM. Die KPD-Betriebszeitung sei humaner. Deren Kritik halte sich in Grenzen. (Sie schwieg sich auch bis heute über diesen Vorfall aus, obwohl die KPD/ML einem DKP-Genossen geholfen hatte, als dieser beim Verteiler von einem Faschisten angegriffen wurde.)

Zweites Mittel

Schon einmal hatte sich der 1. IGM-Bevollmächtigte für Bochum-Wattenscheid (F. Wirtz) bei "einflußreicher" Stelle beschwert, wie uns von der RBG aus "gut informierten Kreisen" bekannt wurde, daß die "ZK" im Universitätsverlag gedruckt würde. Diesmal reagierte die "einflußreiche Stelle". Kumpan Rau, Wissenschaftsminister von NRW und SPD-Mitglied, wandte sich sofort an den Kanzler der Ruhr-Universität (CDU-Mitglied) und an das Rektorat. Der Druck der "ZK" widerspreche der wissenschaftlichen Zielsetzung dieses Verlages".

Sofort wurde ein Druckverbot für die "ZK" erlassen.

Natürlich ließ sich auch die Lokalpresse vernehmen. Sie drückte die Lügen der IGM ab. Wirtz behauptete, von Gewalt habe keine Rede sein können. "Die Arbeitnehmer wehren sich eben." Doch diese Demagogie, die Arbeiterverräter mit den Kollegen gleichzusetzen verKollegen entlarvt. Als in der nächsten Betriebsversammlung ein Schützling des Betriebsvorsitzenden versuchte, die "ZK" zu diffamieren, wurde er von der gesamten Belegschaft so ausgepfiffen, daß er aufhören mußte. Seitdem hat sich deutlich gezeigt, daß immer mehr Kollegen den Weg der RBG für richtig halten. Neue sind hinzugestoßen. Andererseits bekommen die Arbeiterverräter immer mehr Angst, allein schon deshalb, weil aufgrund deren Streikbrecherrolle auf einen Schlag in einer Abteilung über hundert Kollegen ihre Gewerkschaftsbücher abgaben. So ist inzwischen auch die Polizei zum "lieben Begleiter" der verteilenden Genossen geworden. Ziel: mit windigen Gesetzes"auslegungen" das Verteilen zu verhindern. Von den Bespitzelungen ganz zu schweigen.

Uns von der RBG haben diese Vorfälle aber klar gezeigt, was die Kapitalistenklasse und ihre Lakaien bezwecken. Wenn von der Gefahr des "Rechtskartells" gesprochen wird, so meinen sie in Wirklichkeit die Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML und alle revolutionären Organisationen. Bei Opel haben sie es bewiesen.

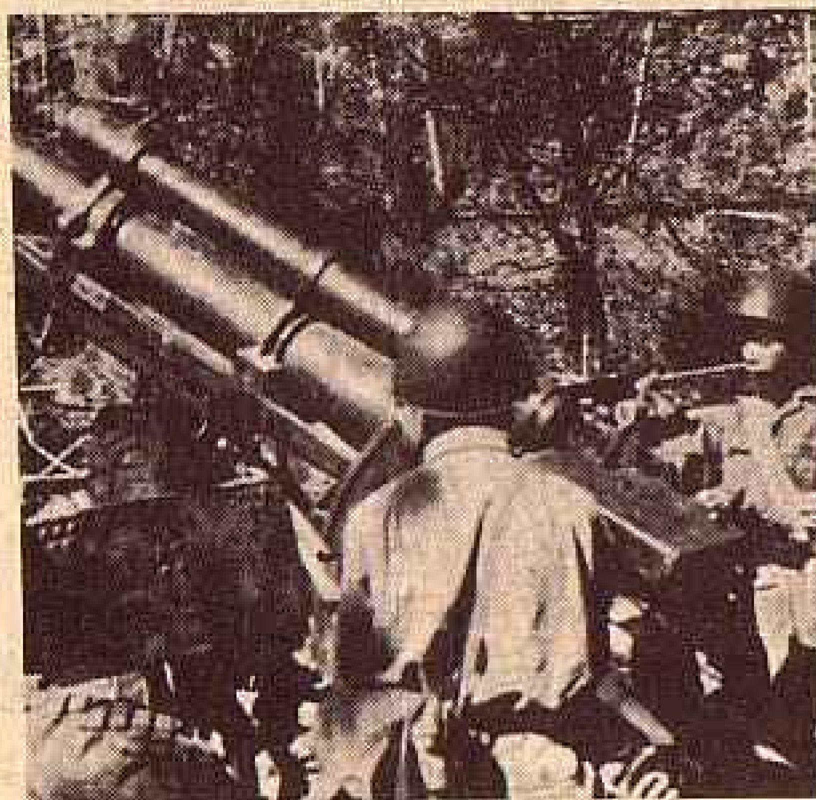
Wir fordern alle Kollegen auf, wachsam zu sein und nicht auf die Demagogie der Arbeiterverräter hereinzufallen. Nur dann können wir unsere Einheit und unseren Sieg erreichen. Denn: Arbeiterverräter – das ist kein billiges Schimpfwort, um Zwietracht zu stiften. Es ist die genaue Bezeichnung für das, was Vetter, Brenner & Co. sind. Sie beweisen es täglich in Taten.

Genossen und Kollegen, lest den Roten Morgen, nur hier werdet ihr so informiert, wie es für uns alle notwendig ist.

RBG-Bochum

Weltkrieges auf ganz Europa.)

▪ Auf der anderen Seite verstärkte er die Tätigkeit des CIA in Kambodscha und Laos. In Pnom Penh organisierte der Geheimdienst einen Putsch gegen die antiimperialistische Regierung Sihanouks und setzte den Faschisten Lon Nol als Statthalter ein. In Laos baute der CIA aus Angehörigen des Meo-Stammes eine Söldner-Truppe auf. Finanziert wurde diese Bande aus Mitteln eines Hilfsprogrammes für Laos-Flüchtlinge.



So bereiteten die US-Imperialisten sorgfältig den Überfall auf Kambodscha und Laos vor. Die Durchführung der Invasionen überließen sie im zweiten Fall offiziell den Saigoner Marionettentruppen.

Genosse Yao Wen-yüan sagte kürzlich auf einer Massenkundgebung in Peking: "Ein erwachtes revolutionäres Volk ist unbesiegbar, es kann, solange es wagt, zu den Waffen zu greifen, im Kampf ausharrt und fortgesetzt seine Erfahrungen im Kampf zusammenfaßt, aus kleinen und schwachen Anfängen bis zu großen und mächtigen Kräften gelangen und den Sieg im Krieg gegen Aggression erringen. Alle scheinbar star-

produktion ständig gesteigert. Der Frühreisertrag zum Beispiel war 1970 sechsmal so groß wie im Jahr davor. Darüber hinaus wurden zahlreiche Handwerks- und Industriebetriebe eingerichtet.

Besonders große Erfolge sind bei der Bekämpfung des Analphabetentums (im noch nicht befreiten Laos: 85%) erzielt worden. Trotz schwierigster Bedingungen hat die Patriotische Front ein Netz von 2000 Schulen aufgebaut, die wegen der ständigen Bombardierung zum Teil in Höhlen untergebracht sind. Heute gibt es in den befreiten Gebieten nachzu keine Analphabeten mehr.

Am 24. und 25. April 1970 nahm eine laotische Volksdelegation, geführt vom Vorsitzenden der Patriotischen Front, Souphananouvong, an der Gipfelkonferenz der Völker Indochinas teil. Außer der laotischen waren Volksdelegationen von Kambodscha, der DRV und der Republik Südvietnam bei dieser Konferenz vertreten. Dieses Treffen, das von der VR China unterstützt wurde, ist für die indochinesischen Völker und darüber hinaus für den antiimperialistischen Kampf aller Völker von entscheidender Bedeutung. Die vier Volksdelegationen entwickelten einen gemeinsamen und einheitlichen Plan für den Kampf gegen die US- und Marionettentruppen.

"In verstärktem Zusammenschluß, einander unterstützend und im langwierigen Volkskrieg ausharrend, werden die Völker der drei Länder Indochinas mit Sicherheit alle Schwierigkeiten überwinden und den vollen Sieg erringen." Mao Tsetung (Erklärung vom 20. Mai 1970).

Dadurch wurde der US-Imperialismus noch mehr in die Defensive

Panzer – und das heißt letztlich nur: noch mehr Niederlagen.

Die Marionettentruppen sind im Zustand der Auflösung: 1969 desertierten 8000 Mann pro Monat, im letzten Jahr hat sich die Desertationsrate um 50% erhöht. Und die US-Truppen selbst, diese von der US-Monopolbourgeoisie als "Stolz der Nation" gefeierten angeblichen Eliteeinheiten? Sie bieten ein Bild der Zersetzung: das Offizierskorps mehr und mehr mit Schiebungen und Schwarzhandel beschäftigt, ebenso korrupt wie die Saigoner Verwaltung; ein immer größerer Teil der Soldaten "kämpft" nur noch unter dem Einfluß von Marihuana und anderen Drogen oder wird zu vollkommen willenlosen Mordmaschinen – wie es der Prozeß gegen den My-Lai-Killer Calley zeigt.

Aber neben der Zahl der Soldaten, die der US-Imperialismus in seinem Raubkrieg körperlich und geistig zerstört, wächst auch die Zahl derjenigen, die aktiv Widerstand leisten. Das reicht von der Desertion bis zur Gründung von illegalen Anti-Kriegsorganisationen, von der Befehlsverweigerung bis zu Protestdemonstrationen und bewaffneten Angriffen auf Offiziere und Armee-Einrichtungen.

Diese Soldaten und immer mehr Amerikaner erkennen hinter der "Friedensoffensive" Nixons die Offensive des US-Monopolkapitals gegen die Völker der Welt einschließlich des amerikanischen Volkes selbst. Der Bericht "USA 1970: Schauplatz revolutionärer Kräfte" in diesem RM schildert den wachsenden Widerstand des amerikanischen Volkes gegen

Fortsetzung S. 5

Plant Nixon Atomanschlag ?

Fortsetzung

diese Offensive. Aus diesem Bericht wird auch deutlich, warum Nixon und seine Auftraggeber nicht nur in Indochina in Panik geraten, sondern auch schon, wenn die Blätter der Alleebäume von Washington im Wind rascheln.

"Großer strategischer Plan" der Imperialisten

Mao Tsetung hat stets darauf hingewiesen, was die Logik der Imperialisten ist: "Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter bis zu ihrem Untergang."

Je mehr der US-Imperialismus den Aggressionskrieg in Indochina verschärfte, desto größere Niederlagen erlitt er; je mehr Niederlagen er einstecken mußte, desto wütender wurde seine Aggression. Schon 1966 erklärte der US-Stratege Baldwin: "Südvietnam, Nordvietnam, Laos, Kambodscha und Thailand müssen als **ein** strategisches Ganzes aufgefaßt werden."

Ein solcher imperialistischer strategischer Plan war die notwendige Folge des Scheiterns der US-Aggression gegen das vietnamesische Volk:

1961 entfesselte der damalige Präsident Kennedy einen sogenannten Spezialkrieg im Süden Vietnams. Als Vorlage galt der "Staley-Taylor-Plan", der inhaltlich aussagte, daß die US-Regierung den Saigoner Marionetten Geld, Waffen und "Berater" zur Verfügung stellte, während die südvietnamesischen Soldaten das Kanonenfutter bilden sollten. Doch das Gesetz des Sieges im Volkskrieg ließ diesen Plan ebenso scheitern wie später Johnsons und Mc Namaras "Befriedungsplan". Johnson war schließlich gezwungen, den Krieg auszuweiten: im August 1964 provozierte er den "Zwischenfall im Golf von Bac Bo" und befahl die Bombardierung der DRV.

Aber Johnsons "Eskalation des Krieges" stellte sich bald als "Eskalation der Niederlagen" heraus. Diese beiden Pole der imperialistischen Strategie äußerten sich auch im Doppelcharakter der imperialistischen Taktik. Einmal hieß es "Eskalation" und "Erzwingung der Kapitulation durch Bombardements", dann wurde die "Deeskalation des Krieges" und die "zeitweilige Einstellung der Bombardements" verkündet. Die Antwort auf diese doppelzüngige Taktik formulierte Ho Chi Minh so: **"Weder Bomben können das Volk unseres Landes einschüchtern, noch können hinterlistige Worte es täuschen."**

Nixon trieb diese Doppeltaktik zu einer Vollendung, vor der selbst Goebbels vor Neid erblaßt wäre. Er redete ununterbrochen von "Frieden", "Beendigung des Krieges in Vietnam", von "Truppenabzug", der "Vietnamisierung des Krieges" und einer "neuen Initiative zur Verwirklichung des Friedens in Indochina".

All dies diente dem US-Imperialismus nur zur Verschleierung der Ausdehnung seines Aggressionskrieges, der endgültigen Verwirklichung seines "Großen strategischen Plans" der Beherrschung ganz Indochinas. Mit dem Überfall auf Laos war es ihm gelungen, sich die Völker Vietnams, Kambodschas und Laos' "als ein strategisches Ganzes" (Baldwin) zum unversöhnlichen Feind zu machen.

Mit ihrer siegreichen Strategie des Volkskriegs bringen die Völker Indochinas nicht nur den US-Imperialisten eine Schlappe nach der anderen bei. Sie bringen auch die Sowjet-Revisionisten in arge Verlegenheit. Nach deren Auffassung nämlich dürfen diese Völker nicht zu den Waffen greifen; sie sollen vielmehr Klugheit und Besonnenheit an den Tag legen und sich friedlich mit den Aggressoren verständigen. Hinter diesem freundlichen Ratschlag, den Breschnew/Kossigin den Kämpfern Indochinas per TASS zukommen ließen, steckt eine richtige Erkenntnis: daß der Volkskrieg die sowjetisch-amerikanische Allianz, die Doppelherrschaft der beiden imperialistischen Supermächte über die Welt gefährdet. Im "Einflußgebiet" der USA können die Sozialimperialisten nicht selbst als Aggressoren auftauchen. So besteht ihr Beitrag zur Aufrechterhaltung der Doppelherrschaft darin, daß sie von Palästina bis Indochina versuchen, den Befreiungsbewegungen ihre diversen "friedlichen Lösungen" anzudrehen. Aber von Palästina bis Indochina haben die kämpfenden Völker längst erkannt, daß diese "friedlichen Lösungen" nur fein ausgetüftelte Komplotte sind, um sie den Imperialisten ans Messer zu liefern. Sie halten weiter am bewaffneten Kampf, an der Strategie des Volkskrieges fest. Die Erfolge, die sie im antiimperialistischen Kampf erzielt haben, und ihr entschiedener Widerstand gegen die Verschwörungen der Breschnew/Kossygin den Kampweisen nirgends besser als gegenwärtig in Indochina die Unbesiegbarkeit der Theorie Mao Tsetungs über den Volkskrieg.

Vorbereitung auf den Einsatz von Kernwaffen

Liegt nun der US-Imperialismus endgültig am Boden? Wird er sich nach der blutigen Niederlage von Laos zurückziehen und seine

unserer Streitkräfte oder technologische Eskalation bis zur Anwendung von Atomwaffen."

Erklärung

des Zentralkomitees der Patriotischen Front von Laos vom 5. Februar 1971

Mit diesem militärischen Abenteuer unternehmen die USA-Imperialisten offenkundig einen neuen und außerordentlich ernsten Schritt der Eskalation des Aggressionskrieges gegen Laos und die anderen Länder Indochinas. Mit diesem Akt sabotieren sie radikal die Genfer Laos-Abkommen von 1962, zertreten sie die Unabhängigkeit und Neutralität dieses Landes,

wortung für alle Konsequenzen tragen müssen, die sich aus ihren Handlungen zur Verstärkung und Ausweitung des Krieges ergeben.

Angesichts der jetzigen außerordentlich ernsten Situation ruft die patriotische Front von Laos die Streitkräfte und das Volk des ganzen Landes dringend auf, sich machtvoll zu erheben, um

Wunden ausheilen? – Das anzunehmen hieße die Logik der Imperialisten verkennen. Sicher wird Nixon wieder Unruhe stiften. Die Marionetten in Saigon schreien schon laut nach dem Überfall auf die Demokratische Republik Vietnam: "Wenn wir es wagen, Operationen ins neutrale Kambodscha und Laos hineinzutragen, warum sollten wir es dann nicht auch wagen, die wirklichen Urheber der Aggression anzugreifen" ("Präsident"Thieu) Ihre Herren in Washington lassen sich nicht einmal zu einem Dementi herbei. Im nördlichen Teil Südvietnams ist eine fieberhafte Tätigkeit im Gang: eine Million Bauern aus dem ersten und zweiten Militärbezirk (der direkt an die DRV grenzenden Zone) werden nach Süden umgesiedelt.

In den USA selbst wird gleichzeitig die öffentliche Meinung auf die Anwendung von Kernwaffen im Indochinakrieg vorbereitet. Verschiedene Zeitungen starten Versuchsballons (wie die "New York Times" mit einem Artikel C. L. Sulzbergers unter dem Titel "Nukleare Waffen und Indochina"), um die Atmosphäre der öffentlichen Meinung zu erforschen. "Zufällig" wird zur gleichen Zeit "versehentlich" ein Atom-Alarm für die USA ausgelöst.



Nixon tönt aus seiner Zitadelle in Washington, er wolle um keinen Preis der erste amerikanische Präsident sein, der eine Niederlage in einem Krieg erleidet und droht, er werde "Waffen aller Art" einsetzen, um eine solche Niederlage zu vermeiden.

Einen Weg aus diesem Gestrüpp von Lügen, Drohungen und Andeutungen weist uns ein sachverständiger Amerikaner. Earl C. Ravenal, der es als ehemaliger Leiter der Asien-Abteilung im Büro des Verteidigungsministeriums wissen muß, sagt deutlich: "Im äußersten Fall könnten wir uns zur letzten Wahl gezwungen sehen: entweder unbeschränkte Eskalation des konventionellen Krieges, d.h. Niederlage

Das sind tatsächlich die beiden Möglichkeiten des in die Enge getriebenen US-Imperialismus. Entweder "konventioneller" Überfall auf Nord-Vietnam. Das würde bedeuten – wie sogar ein US-Stratege erkennt –: Ertrinken der Aggressionstruppen in einem Meer des Volkskrieges. Das würde weiter bedeuten, daß dann nicht mehr die DRV, sondern China, das "Hinterland" wäre, dessen Nachschublinien, Versorgungsbasen usw. bombardiert werden müßten. Oder im blinden Vertrauen der Imperialisten auf ihre technologische Überlegenheit, sofort den Atomschlag gegen die DRV oder die VR China zu führen. Einen dieser Wege muß der US-Imperialismus gehen. Ebenso sicher ist aber auch, daß jeder dieser Wege ihn unweigerlich in den Abgrund führen wird. **Wie sich der US-Imperialismus auch wendet, welche Verbrechen er auch in seiner panischen Angst begehen mag: er wird doch nur den Widerstand und die Kampfkraft der Völker erhöhen, ihn noch mehr vom amerikanischen Volk isolieren.**

Jede weitere Eskalation des Indochinakrieges wird die Völker der Welt einschließlich des amerikanischen Volkes nur noch fester vereinigen unter der Losung:

beschwören sie eine außerordentlich gefährliche Situation und eine ernste Gefahr für die Sicherheit ganz Südostasiens herauf. Dies ist eine neue, extrem unverschämte Herausforderung an das laotische Volk, die indochinesischen Brudervölker und die Frieden und Gerechtigkeit liebenden Völker der Welt einschließlich der fortschrittlichen Menschen in den USA.

Die patriotische Front von Laos richtet eine scharfe Warnung an die amerikanischen Aggressoren und deren Lakaien und erklärt, daß sie die ganze Verant- den amerikanischen Aggressoren sowie deren Lakaien die verdiente Strafe zu erteilen und all ihre neuen militärischen Pläne zum Scheitern zu bringen. Die patriotische Front ist fest davon überzeugt, daß die Streitkräfte und das Volk von Laos mit ihrer Entschlossenheit zum Kampf und mit der unbesiegbaren Kraft der kämpferischen Solidarität der drei indochinesischen Brudervölker allen aggressiven Anschlägen der USA eine Niederlage bereiten werden, um die Souveränität, Unabhängigkeit und Neutralität des landes zu verteidigen.

Höhere Pflegesätze

6.665 Hamburger Familien, die Angehörige in Altersheimen haben, wurden aufgefordert, ihre Einkommensverhältnisse aufzubessern. Ab 1. Februar 1971 wurden die Pflegesätze in den Altersheimen von 347,– DM auf 636,– DM monatlich erhöht.



China-Woche

In mehreren Städten des Bundesgebietes, so in Freiburg, Stuttgart, Mannheim, Marburg, Worms, Köln und in Westberlin organisierten Ortsgruppen der Partei China-Wochen. Ähnlich wie in Hamburg (der RM berichtete darüber) wurden revolutionäre Filme aus der Volksrepublik gezeigt und Foto-Ausstellungen aufgebaut.

Hände weg von Nord-Vietnam!

Hände weg von China!

USA 1970 Schauplatz revolutionärer Kräfte



Das vergangene Jahr war Zeuge einer weiteren Entwicklung des revolutionären Kampfes des amerikanischen Volkes in all seinen Formen. Die Bevölkerung verschiedener Schichten hat nicht nur gegen die reaktionäre Außen- und

letzten Juli verwundete die Polizei in einem afro-amerikanischen Kampf gegen gewaltsame Unterdrückung in der Stadt Asbury Park, New Jersey, einer Stadt mit nur 20 000 Einwohnern, 92 Schwarze durch Gewehrschüsse. Außerdem ließ die Nixon-Regierung Massenverhaftungen progressiver und revolu-

hielten Alarmrufe wie: „Die Rebellion breitet sich über die führenden amerikanischen Bildungsakademien aus" und die Schulen brodelten von der Raserei der Studenten.

Ohne Unterlaß haben Afro-Amerikaner,

rasch angewachsen. Bis Ende Oktober wurde den Monopolkapitalisten durch Arbeiterstreiks ein Verlust von 51,6 Millionen Arbeitstagen zugefügt. Im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Jahres 1966 bedeutet das eine scharfe Zunahme von 49 Prozent, und verglichen mit der Zahl von vor zehn

WARNUNG

Agentenstück in München

Die KPD/ML gehört nicht zu den Organisationen, über die die bürgerliche Presse mit Vorliebe berichtet. Umso eindeutiger ist der Zweck, der mit der Pressekampagne üüber die "Münchner Vorfälle in der KPD/ML" verfolgt wird. Von "Bild" bis zur Provinzpresse ging eine Meldung durch die Zeitungen, nach der Mitglieder der Münchener Ortsorganisation der KPD/ML einen "Raubüberfall" auf den kurz zuvor aus der Partei ausgeschlossenen Hugo Lanz verübt haben sollten. Auf diese Weise sollen viele Arbeiter, die zum erstenmal von der KPD/ML lesen, den Eindruck gewinnen, daß es sich dabei um eine Räuberbande handelt.

H.L. wurde wegen Unterschlagung von Parteigeldern und Fraktionismus ausgeschlossen. Anschließend kam es zu Vorfällen, deren genauer Hergang von der KPD/ML noch untersucht wird. Folgende Tatsachen sind bereits jetzt sicher und politisch entscheidend: H.L. verklagte mehrere Genossen bei der bürgerlichen Justiz wegen "Erpressung, Körperverletzung und schweren Raubes". Dabei handelt es sich um Verleumdungen. Gleichzeitig gab er die bekannte Meldung an die bürgerliche Presse. Außerdem lieferte H.L. laut eigener Aussage sämtliche ihm bekannten Informationen über die KPD/ML und andere revolutionäre Organisationen – wahre und erdichtete – der Polizei aus. Damit entlarvte sich H.L. als Agent des Klassenfeindes und Polizeispitzel und fügte der marxistisch-leninistischen Bewegung schweren Schaden zu. Die Partei wird festzustellen haben, ob außer H.L. noch weitere Provokateure die Münchner Organisation unterwandert haben. Die Untersuchung wird selbstverständlich ohne Rücksicht auf Personen und Funktion durchgeführt werden.

Der "Münchner Vorfall" ereignete sich in einem Augenblick, in dem gegen die revolutionäre Linke in der BRD eine systematische Pogromhetze betrieben wird. (siehe Artikel auf S. 1). Das kann kein Zufall sein. Der "Münchner Vorfall" zeigt deutlich, was die Stunde geschlagen hat.

gegen die [illegible] Innenpolitik des US-Imperialismus Massendemonstrationen und Streiks in ungeheurem Umfang durchgeführt, sondern hat auch mutig zu den Waffen gegriffen, um sich der von der Nixon-Regierung verübten konterrevolutionären Unterdrückung zu widersetzen. Der afro-amerikanische bewaffnete Kampf gegen gewaltsame Unterdrückung hat an Umfang, Intensität und Häufigkeit der Aktionen zugenommen; zahlreiche Organe der Diktatur der amerikanischen Monopolkapitalistenklasse sind scharf angegriffen worden und haben schweren Schaden erleiden müssen.

In den vergangenen zwei Jahren hat Nixon die Faschisierung im Inland beschleunigt, während er gleichzeitig angestrengt bemüht war, seine Aggressions- und Kriegspolitik im Ausland voranzutreiben. Im letzten Mai, als das ganze Land von den Wellen empörten Protestes des amerikanischen Volkes gegen die US-imperialistische Invasion in Kambodscha überrollt wurde, bot die Nixon-Regierung nacheinander Hunderttausende von Soldaten, Polizisten und Nationalgarden auf, die Bajonette und Gewehre dazu benutzten, in Schulen die „Schulbücher zu ersetzen", und die „Wagenladungen voll Studenten festnahmen". Zwischen dem 4. und dem 16. Mai ließ die Nixon-Regierung 12 Weiße und Schwarze erschießen. Im letzten Sommer, als die Afro-Amerikaner, die Mexikanisch-Amerikaner, die Puertorikaner und die amerikanischen Indianer in verschiedenen Teilen des Landes Kämpfe gegen die gewaltsame Unterdrückung führten, bot die Nixon-Regierung wiederum Polizei in großer Zahl und sogar Panzerkampfwagen und Hubschrauber auf, um die Kämpfe blutig niederzuschlagen. Im

tionärer Bevölkerungsteile unter dem Vorwand vornehmen, „Recht und Ordnung" zu wahren. Wie berichtet wurde, hat sich die Zahl der „Sträflinge" in New Yorker Gefängnissen mehr als verdoppelt.

Angesichts der intensivierten faschistischen Unterdrückung durch die Nixon-Regierung haben sich die breiten Volksmassen in Amerika heldenhaft erhoben und wirksame bewaffnete Kämpfe gegen die gewaltsame Unterdrückung geführt. In einem Bericht der AP wurde zugegeben, daß eine wachsende Zahl von Amerikanern zu dem Schluß gekommen sei, daß „jetzt Gewalt notwendig ist". Sie haben „der bestehenden Lebensweise in Amerika den Krieg erklärt", wie es in dem Bericht heißt, der weiter ausführt: „Diejenigen, die früher Gewalt verabscheuten, reden jetzt von der Notwendigkeit der Verteidigung."

Amerikanische Studenten brachten im letzten Mai eine Protestbewegung beispiellosen Ausmaßes ins Rollen, die sich gegen die Aggression der Nixon-Regierung in Kambodscha und ihr Blutbad an demonstrierenden Massen richtete. Über 700 Universitäten und Hochschulen und mehr als 300 Mittelschulen überall im Land wurden von großen Streiks erfaßt, und Millionen Studenten und Angehörige anderer Bevölkerungsschichten gingen empört auf die Straßen, wo sie heftige Kämpfe mit Steinen, Flaschen und selbstgemachten Bomben gegen die reaktionären Polizisten und Soldaten ausfochten. In der staatlichen Universität von Ohio kämpften etwa 10 000 Studenten mehr als eine Woche lang mutig gegen 5000 Mann der Nationalgarde und vertrieben sie schließlich von ihrem Campus. Mehr als 20 000 Studenten erhoben sich in der Universität von Süd-Illinois, um sich gegen die Truppen des Staates zur Wehr zu setzen, die von reaktionären Behörden entsandt worden waren; der heftige Kampf dauerte mehrere Stunden an. Berichte westlicher Nachrichtenagenturen ent-

Mexikanisch-Amerikaner und amerikanische Indianer, die Opfer skrupelloser Ausbeutung durch die amerikanische Monopolkapitalistenklasse, bewaffnete Kämpfe gegen die gewaltsame Unterdrückung geführt. Die bürgerliche Presse in den Vereinigten Staaten enthüllte, daß in den Vereinigten Staaten 1970 mehr als 600 „Rassenunruhen" ausgebrochen seien – eine Zahl, die sich im Vergleich zu der von 1967 mehr als verdoppelt hat. In diesen Kämpfen wurden viele heldenhafte Taten vollbracht. Am 15. September führten in New Orleans, Louisiana, mehr als 200 von der reaktionären Regierung entsandte Polizisten unter dem Schutz von Hubschraubern und einem Panzerkampfwagen einen brutalen Angriff gegen Afro-Amerikaner. Die Schwarzen griffen zu den Waffen, um Widerstand zu leisten. Ein Afro-Amerikaner gab heldenhaft sein Leben hin. Ein anderer Afro-Amerikaner rief empört der Polizei zu: „Ihr könnt einen Revolutionär töten, aber ihr könnt nicht die Revolution töten." Der heftige Feuerwechsel dauerte 12 Stunden. Am 29. August führten 20 000 Mexikanisch-Amerikaner in Los Angeles, Kalifornien, eine Massendemonstration durch, um gegen die Aggression der Nixon-Regierung in Indochina zu protestieren. Die reaktionären Behörden schlugen diese Aktion blutig nieder. Die 20 000 Mexikanisch-Amerikaner leisteten Widerstand und errichteten Straßenbarrikaden. Sie zerstörten und verbrannten zwei Polizeiwagen und setzten zwei Monopolunternehmen mit selbstgemachten Brandbomben in Brand, so daß Rauchschwaden über den östlichen Teil der Stadt dahinzogen. Am 9. September ergriffen Amerikanisch-Indianer in der Gegend von Tacoma, Washington, ebenfalls die Waffen gegen die Unterdrückung durch die Polizei. Einer von ihnen sagte voller Empörung: „Wir sind ein sterbendes Volk und müssen kämpfen, um zu überleben."

Auch die amerikanische Arbeiterbewegung ist im vergangenen Jahr

Jahren hat sich dieser Verlust verdreifacht. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß nicht wenige Arbeiter ebenfalls zu den Waffen griffen, um sich gegen die faschistische Unterdrückung durch die Nixon-Regierung zu wehren. Am 29. April, als von der reaktionären Regierung des Staates Ohio 4100 Mann der Nationalgarde entsandt wurden, um einen Massenstreik von Lastwagenfahrern niederzuschlagen, griffen die Streikenden, die sich von brutaler Gewalt nicht einschüchtern ließen, in einem mutigen Gegenangriff zu den Gewehren, schossen und warfen selbstgebaute Bomben. Der reaktionäre Gouverneur des Staates meinte alarmiert, es habe auf der Straße einen „offenen Krieg" gegeben. Wie berichtet wurde, haben in mehr als zwei Dritteln der 88 Kreise des Staates die Lastwagenfahrer zum Mittel des bewaffneten Kampfes gegriffen, um gegen die Unterdrückung der reaktionären Regierung heldenhaft Widerstand zu leisten.

Während das amerikanische Volk Kämpfe mit Massencharakter gegen gewaltsame Unterdrückung entfaltete, unternahm es gleichzeitig spontane Aktionen, um verschiedene militärische Anlagen, Gebäude von Gerichtshöfen und Polizeiinstitutionen der US-Herrscherkreise anzugreifen und in die Luft zu sprengen. Unvollständigen offiziellen amerikanischen Statistiken zufolge gab es im letzten Jahr von Januar bis Oktober nahezu 3000 Bombenanschläge im Lande – das sind durchschnittlich 10 Vorfälle pro Tag.

Im Kielwasser der von der Nixon-Regierung durchgeführten Expansion ihres Aggressionskrieges in Indochina vergrößerten sich Zahl und Ausmaß der Bombenanschläge drastisch. Gebäude des R.O.T.C., des „Reserveoffiziers-Ausbildungskorps", die in Universitäten und Hochschulen von der US-Herrscherclique in der Absicht errichtet worden waren, für die faschistische militärische

Fortsetzung S. 7

USA 1970: Schauplatz revolutionärer Kräfte

Fortsetzung

Ausbildung Propaganda zu treiben, wurden zum Hauptziel der studentischen Angriffe. **Das ist ein sprechender Beweis für die Abscheu der amerikanischen Jugend vor der faschistischen Militärausbildung sowie für ihre Abneigung dagegen, in dem Aggressionskrieg, den die Monopolkapitalisten führen, als Kanonenfutter zu dienen.**

Während des massiven Protestkampfes, den das amerikanische Volk im letzten Mai gegen die Aggression der Nixon-Regierung in Kambodscha führte, benutzten die Studenten Brandbomben, um in zahlreichen Universitäten die Gebäude des „R.O.T.C." der US-Armee, Marine und Luftstreitkräfte in Brand zu setzen; dabei wurden dort gelagerte Gewehre und Munition in die Luft gesprengt. Der „US News and World Report", eine Zeitung der amerikanischen Monopolkapitalistenklasse, gab zu: „In den Jahrzehnten, seit das Programm anlief, ist dem R.O.T.C. – Reserveoffiziersausbildungskorps – kein solcher vernichtender Schlag versetzt worden." Auch zahlreiche andere militärische Forschungsinstitute, die von den amerikanischen Herrscherkreisen in verschiedenen Universitäten eingerichtet worden waren, wurden fortwährend angegriffen. Das mathematische Forschungszentrum der US-Armee in der Physikabteilung der Universität Wiscon-

US-imperialistischen Aggressionspolitik dient, wurde am 24. August 1970 in die Luft gesprengt. Die ersten zwei Stockwerke dieses sechsstöckigen Gebäudes wurden zerstört, und die restlichen vier wurden ernsthaft beschädigt. Ein Computer im Wert von 15 Millionen US-Dollar wurde vernichtet, und alle Akten und Datensammlungen flogen in die Luft. Schon vorher hatten in der Nähe der Universität eine Munitionsfabrik der Armee und ein Waffenlager schwere Schäden durch Bombenexplosionen erlitten.

Auch in Regierungsämtern, Gerichtshöfen und Polizeistationen aller Ebenen kam es oft zu Bombenexplosionen. Der amerikanische „Herald Tribune" enthüllte, daß es in der ersten Hälfte 1970 326 Bombendrohungen gegen Gebäude der Bundesregierung gegeben habe. Diese Zahl ist nahezu sechsmal so hoch wie die des zweiten Halbjahres 1969.



Die Gebäude des inter-amerikanischen Verteidigungsausschusses, eines US-imperialistischen Werkzeugs zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten lateinamerikanischer Länder, wurden am 1. Juli gesprengt. Am 9. Juni explodierte im neuen Gebäude des Polizeihauptquartiers in New York eine schwere Bombe. Außerdem gab es in den letzten Monaten Explosionen in der Polizeibehörde Des Moines in Iowa, dem Gebäude der Polizeibehörde von

nalgarde in der Stadt Santa Barbara in Kalifornien, im Gerichtshof von New York, in den New Yorker Zentralen des „R.O.T.C." der Armee und Marine und in den Büros eines Monopolunternehmens, das zur Kriegsindustrie in Beziehung steht. Am 12. Oktober fanden in New York City sechs Explosionen statt, von denen eine die Hälfte des fünfgeschossigen Gebäudes der Bundesregierung zerstörte.

Die Reihe von Explosionen waren eine Widerspiegelung der starken Unzufriedenheit des amerikanischen Volkes mit der reaktionären Außen- und Innenpolitik der Nixon-Regierung. Ein junger Mann in Berkeley sagte: „Die ungeheure Gewalt, die das Establishment in Vietnam, Laos und anderswo anwendet, überschattet und tilgt fast unsere Gewalt, ja sogar die Bomben. Und wenn unsere geringere Gewalt der größeren Gewalt des Establishments Einhalt gebietet, wie kann sie dann falsch sein?"

Die Polizei – ein weiteres Werkzeug der amerikanischen Herrscherclique zur Unterdrückung des Volkes – ist immer häufiger vom amerikanischen Volk angegriffen worden. Offiziellen amerikanischen Statistiken zufolge gab es 1969 5202 Fälle, in denen Polizisten bei Ausübung ihrer Pflicht angegriffen wurden. Diese Zahl war doppelt so hoch wie die des Jahres 1963. 1970 hat es sich gezeigt, daß die Angriffe auf Polizisten weiter zunehmen. Derartige Vorfälle sind in mehr als 50 Städten zu verzeichnen gewesen. Allein in New York City gab es in den ersten acht Monaten des letzten Jahres mehr als 200 solcher Fälle, in denen 988 Polizisten getötet oder verwundet wurden. Im Vergleich zu den im ganzen Jahr 1969 gezählten Vorfällen dieser Art stieg die Zahl um über 80 Prozent an. Der „US News and World Report" bemerkte in einem Artikel: „Polizeioffiziere werden aus dem Hinterhalt angegriffen, von Heckenschützen beschossen, von Bomben in die Luft gesprengt, in tödliche Fallen gelockt, erschlagen oder in 'Feuerwechseln' verwundet." Ein Inspektor aus Los An-

Polizeioffizier nahezu unbekannt. Jetzt gehört das fast zur Routine." Ein amerikanischer Regierungsbeamter lamentierte: „1970 wird als ein Jahr gewaltsamer Angriffe gegen die Polizei zu Ende gehen."

Nixon, der durch diese Lage in furchtbaren Schrecken versetzt wurde, drohte unverschämt, er werde sich des Widerstandes im Volk „unnachgiebig annehmen". Gleichzeitig versuchte er mit allen Mitteln, die Sicherheitsgarde zu verstärken. In einem Bericht hieß es: „Das Weiße Haus ist eine Zitadelle geworden. Die Sicherheitsmaßnahmen, die dort schon immer streng waren, sind noch strenger geworden. Ein Dutzend Postenhäuser wachen über alle Tore und Zugangswege. Starke Suchscheinwerfer und ein Labyrinth elektronischer Alarmanlagen bedecken das ganze Gebiet." Einige „Veteranen" der Presseleute des Weißen Hauses sagten, sie hätten nie so strenge Sicherheitsmaßnahmen gesehen wie die, mit denen sich Nixon jetzt umgibt. Sogar Hilfskräfte des Weißen Hauses mußten es zulassen, daß ihr Gepäck untersucht wurde, bevor sie ein Flugzeug des Präsidenten bestiegen. Doch es gelang Nixon trotzdem nicht, inmitten des aufbrandenden revolutionären Kampfes des amerikanischen Volkes seine eigene Haut zu retten. Bei seiner Ankunft in San José am 29. Oktober 1970 wurde ihm von den empörten Massen ein frontaler Schlag versetzt: Sie bewarfen ihn mit Eiern, Steinen und Flaschen, bevor er Hals über Kopf die Flucht ergriff.

Karl Marx wies einmal auf folgendes hin: **„Gewalt ist die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht."** Die machtvolle Entwicklung der revolutionären Massenbewegung in den Vereinigten Staaten, insbesondere die Einführung der Anwendung von revolutionärer Gewalt zur Bekämpfung der konterrevolutionären Gewalt der amerikanischen Herrscherclique, zeigen sowohl das allmähliche Erwachen des amerikanischen Volkes als auch die beispiellose Schwere

vorrichtungen für nukleare und chemisch-biologische Waffen direkt der

Oakland, dem Gerichtshof von San Francisco, dem Waffenlager der Natio-

geles erklärte: „Vor einigen Jahren war ein Heckenschützen-Angriff auf einen

denen sich der US-Imperialismus befindet.
-he- ★

Zwei Wege des westdeutschen Imperialismus:

Eine Selbstkritik

Der Artikel "Zwei Wege des westdeutschen Imperialismus" aus der Dezember-Nummer 1970 des RM hat in der KPD/ML und darüber hinaus in der marxistisch-leninistischen Bewegung Westdeutschlands eine Diskussion in Gang gesetzt, die noch in mehreren Kritiken und Stellungnahmen ihren Niederschlag finden wird. Diese Diskussion ist sehr wichtig, und es war das Ziel des Artikels, sie in Gang zu bringen. Im Laufe dieser Diskussion werden die Marxisten-Leninisten der BRD die Widersprüche ihres Hauptfeindes wissenschaftlich analysieren und so seine objektiven Entwicklungstendenzen feststellen.

Die positive Seite des Artikels besteht darin, daß er den Ansatz zu einer konkreten Analyse der konkreten Situation des westdeutschen Imperialismus liefert. Der Artikel hat allerdings auch einige ernste Schwächen, die zu Mißverständnissen führen können.

Die erste Schwäche besteht darin, daß bei der Anwendung der dialektischen Methode in dem Artikel nicht genügend klar zwischen zwei Ebenen unterschieden wird: Diese zwei Ebenen drücken sich darin aus, daß einerseits von "zwei Wegen" des westdeutschen Imperialismus die Rede ist, andererseits aber von den "beiden Fraktionen der Monopole". Zunächst muß klargestellt werden, daß der Artikel von "zwei Wegen", nicht von "zwei Fraktionen" handelt. Was bedeutet das?

Marx hat festgestellt, daß die Bourgeoisie eines jeden Landes sich "**eine** Nation, **eine** Regierung, **ein** Gesetz, **ein** nationales Klasseninteresse, **eine** Douanenlinie *" schafft (Manifest). Diese Tatsache schließt zwar Fraktionierungen der Bourgeoisie auf nationaler Ebene keineswegs aus, legt aber auch ihre Grenze fest: Gegenüber der ausländischen Konkurrenz bildet die Bourgeoisie jedes Landes eine widersprüchliche **Einheit**, nach außen verhält sie sich notwendigerweise als geschlossener Block.

Dieser Block läßt sich vertreten durch "die moderne Staatsgewalt", die "nur ein Ausschß" ist, "der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet" (Marx). Natürlich gibt es auf der Ebene des Staates und der Regierung eine Auseinandersetzung über Strategie und Taktik der Bourgeoisie. Sie spiegelt sich in verschiedenen **politischen** Fraktionen wider. Diese **politischen** Fraktionen liegen auf der Ebene des Überbaus, ihre verschiedenen strategischen und taktischen Vorschläge beziehen sich jeweils auf die **gesamte** Bourgeoisieklasse. Diese **politischen** Fraktionen dürfen deshalb auf keinen Fall verwechselt werden mit "Fraktionen der Monopole".

* Zollinie

Kann es "Fraktionen der Monopole" geben? Selbstverständlich. Das liegt im Wesen des Kapitalismus: es entstehen fortwährend Widersprüche zwischen stagnierenden und schnell expandierenden Monopolen, zwischen Monopolen, die ihre Märkte mehr im Inland und solchen, die sie mehr im Ausland suchen usw. . . Bei ihrer Analyse des Faschismus nahm die Komintern z.B. seinerzeit an, daß es eine Fraktion des Finanzkapitals gab, die "am meisten reaktionär und am meisten aggressiv" war. Diese Bestimmung war zwar allgemein gehalten, nichtsdestoweniger aber richtig. Auch wir müssen den westdeutschen Imperialismus auf solche Fraktionen der Monopole hin untersuchen. Es muß aber klar sein, daß solche "Fraktionen der Monopole" auf der Ebene der **ökonomischen** Basis liegen und daß sie nicht identisch sind mit den **politischen** Fraktionen, wie sie am deutlichsten in den Parteien hervortreten.

Natürlich besteht zwischen den ökonomischen und den politischen Fraktionen der Bourgeoisie ein enger Zusammenhang: **dieser Zusammenhang ist jedoch nicht mechanischer, sondern dialektischer Natur.** Das Wesen der politischen Fraktionen ist es dabei, daß sie immer strategische und taktische Vorstellungen **für die gesamte Klasse** der Bourgeoisie entwickeln müssen.

"Westeuropäische Integration" – "paneuropäische Zusammenarbeit"

Jetzt zurück zu den "zwei Wegen": Es handelt sich dabei um den Kampf zweier **politischer** Fraktionen der Bourgeoisie, der sich um zwei verschiedene taktische Vorstellungen dreht. Strategisch haben beide Fraktionen das gleiche Ziel: dem westdeutschen Imperialismus einen "Platz an der Sonne" zu sichern. Taktisch besteht jedoch ein entscheidender Widerspruch **über die nächste zu realisierende Etappe**. Dieser Widerspruch wird in dem Artikel richtig dargestellt. Inzwischen hat Strauß diesen Widerspruch noch einmal (in einem Interview mit der "Wirtschaftswoche" vom 20.11.70, das in den Artikel nicht mehr einbezogen werden konnte) sehr klar formuliert.

"WW: Eine weitere entscheidende Frage ist ja schließlich, ob die westdeutsche Integration nicht durch das konterkariert wird, was sich jetzt in der Ostpolitik tut? –

Strauß: Die Bundesregierung leugnet und will nicht sehen, daß sie mit der Frage konfrontiert nicht erst wird, sondern schon ist, **wollen wir westeuropäische Integration oder paneuropäische Kooperation? Ich gebe nach wie vor dem Ziel der westeuropäischen Integration die absolute Priorität. . .**Das Ganze soll ja eingesegnet werden unter 'Europäische Sicherheitskonferenz', 'Europäisches Sicherheitssystem', 'Europäische Friedensordnung'. Und ich befürchte, daß die Öffnung der Westeuropäer durch den deutschen Vertrag mit Moskau zu einer russischen Intervention gegen die westeuropäische politische Einigung in absehbarer Zeit führen wird. Nach dem Motto: The treaty of Moskau * ist unvereinbar mit einer politischen Integration Westeuropas. Die Propaganda lautet jetzt und verstärkt in der Zukunft: 'Wer die westeuropäische Integration betreibt, ist ein kalter Krieger, ist ein sturer Antikommunist, betreibt eine aggressive, revanchistische Politik zur Änderung des Status quo. Wer aber der Ent-

Fortsetzung S. 8

* Strauß spricht englisch! Es heißt zu deutsch: Moskauer Vertrag

J. W. Stalin: Gesammelte Werke in 13 Bänden

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Preis: 13 Bände DM 100,-

Bestellungen werden ab sofort entgegengenommen.
Die Gesammelten Werke werden nur zusammen abgegeben.
Bezahlung durch Überweisung von 100,- DM im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 3217 30 (H.-J. Kühn). oder per Nachnahme.

Bestellungen an:

ZENTRALER LITERATURVERTRIEB
Hans-Joachim Kühn
2 Hamburg 19
Postfach 7691
Postscheckkonto Hamburg 3217 30

Erscheinungstermin: 31. März 1971

Imperialismus und Benzinpreise

Nachdem schon die Kraftfahrzeug-Versicherung in unverschämter Weise teurer wurde, steigen nun auch die Benzinpreise. Das ist für alle Arbeiter und Angestellten eine böse Nachricht. Schließlich leisten sie sich ihr Auto, soweit sie eins haben, ja nicht als Luxusgefährt. Sie brauchen es vielmehr dringend, um zur Arbeit und wieder nachhause zu kommen, weil die städtischen Verkehrsbetriebe nicht genügend gute Verbindungen haben und zu teuer sind.

Die bürgerliche Presse erklärt die Preiserhöhungen folgendermaßen: Angeblich haben die erdölproduzierenden Länder (nach der englischen OPEC) "unverschämte Forderungen" erhoben und die westlichen Konzerne "erpreßt". Nun müssen deshalb angeblich die Benzinpreise steigen. Wie verhält es sich in Wirklichkeit?

Die erdölproduzierenden Länder werden von den imperialistischen Erdölkonzernen nach Lust und Laune ausgeplündert. Die Pumpstationen und Pipelines sind im Besitz der Imperialisten, während die Arbeiter natürlich einheimische sind. Die Regierungen erhalten nur eine Steuer in bestimmter Höhe sowie einen Anteil am Umsatz. Diese Abgaben werden in festen Dollarbeträgen über Jahre hinaus gezahlt. Da der Dollar aber jährlich an die 7 Prozent seines Wertes verliert, schneiden die Regierungen der ausgeplünderten Länder immer schlechter ab, während die Konzerne immer größere Extraprofite machen.

Die Imperialisten erzählen den Völkern und Regierungen der Erdölländer etwas von "freier Wirt-

Der Erfolg stellte sich bald ein: die Front der zehn Länder wurde aufgespalten. In Teheran ließen sich die hauptsächlich reaktionären Regierungen auf einen Kompromiß ein. Dieser Kompromiß bedeutet sicher keine entscheidende Schmälerung der Profite für die Erdölmonopole. Er kürzt zunächst nur die Extraprofite, die durch die Inflation und den Produktivitätszuwachs aufgrund technischen Fortschritts und erhöhter Ausbeutung entstanden. Dabei handelt es sich, genau gesagt, um "Extra-Extraprofite", weil den Konzernen die Extraprofite, die sich aus ihrer Monopolstellung auf dem Markt ergeben, voll erhalten bleiben. Eine Preiserhöhung wäre also nicht einmal nach der Logik der Imperialisten selbst notwendig. Auch das ist ähnlich wie bei Tarifverhandlungen, wo die Monopole Lohnsteigerungen nur als **Vorwand** nehmen, um **noch größere Extraprofite** zu bekommen, während die Arbeiter immer nur **defensiv** darum kämpfen, nicht allzu sehr unter dem Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt zu werden.

Früher gab es einmal Gewerkschaften, die wirklich Makler der Arbeiter, und nicht Makler der Mo-

Für ihr Land erhalten sie jetzt nur die Steuern und Abgaben, während die Imperialisten den Gewinn schlucken. Wenn die Erdölländer Eigentümer wären, bekämen sie jedoch den gesamten Gewinn. Sie könnten dann das Erdöl billiger verkaufen und hätten immer noch mehr zur Entwicklung ihres Landes.

Deshalb ist der Kampf der algerischen und libyschen Regierung gegen die Erdölkonzerne gut für die Arbeiter Westeuropas. Deshalb ist es gut, wenn die algerische Regierung die französischen Konzerne ERAP und CFP in Algerien zu 51 Prozent verstaatlicht hat. Das ist zwar nur ein erster Schritt, aber er ist positiv. **Deshalb ist es gut und nicht schlecht, wenn die Gelsenberg in Libyen verstaatlicht würde.**

Eine weitere Tatsache ist gut: die Tatsache, daß es unter den westeuropäischen Kapitalisten, darunter denen der BRD, verschiedene Konzepte über die Erdölfrage gibt. Das zeigte sich, als die großen amerikanischen Konzerne in Teheran ein einheitliches Kartell, geführt von Standard Oil, Esso, Shell und BP auf die Beine stellten. Zwei große westeuropäische Erdölkonzerne, die italienische ENI und die französische ERAP, weigerten sich beizutreten. Sie wollten lieber einen **besonderen westeuropäischen Block** bilden. Die deutsche Gelsenberg zögerte eine Weile. Im letzten Moment schloß sie sich dem amerikanischen Block von Teheran an. Darin zeigte sich das Schwanken zwischen einem eigenständigen "westeuropäischen Weg" und dem Arrangement mit den USA (und der SU, die im Iran ebenfalls eine wichtige Rolle spielt; vgl. hierzu den Artikel über "Zwei Wege des westdeutschen Imperialismus" in Nr. 11/70)

Zwei Wege des westdeutschen Imperialismus

Fortsetzung

spannung, dem Frieden, dem Fortschritt, der Sicherheit, dem Segen der Völker dienen will, der muß die paneuropäische "Zusammenarbeit in den Vordergrund stellen **und auf solche gefährlichen Hirngespinste wie Westeuropa als Wiederauflage des großdeutschen Reiches verzichten.'"**

Diesen Verzicht möchte Strauß eben auf keinen Fall leisten. Er bestimmt als nächste Etappe der Expansion des westdeutschen Imperialismus sehr klar: "Westdeutsche Integration". Brandt dagegen sieht ein

"Anerkennen" bzw. "Aufstreben zur dritten Weltmacht" selbstverständlich keine Sache des freien Willens der Bourgeoisie, **sondern durch die ökonomischen Zwänge zur Expansion bestimmt.**

Die entscheidende Frage, die die weitere Diskussion also klären muß, ist folgende: welches ist der dialektische Zusammenhang zwischen objektiven, ökonomischen Expansionstendenzen verschiedener Monopolgruppen in West- und Osteuropa (sowie in Afrika, Asien, Lateinameri-

anderes Etappenziel, das der "paneuropäischen Zusammenarbeit". Das zeigt sich klar in dem Trinkspruch, den er bei seinem Besuch in Paris am 26.1.71 äußerte: "Wie Sie, Herr Präsident, sehe ich einen Zusammenhang zwischen der Vollendung der Gemeinschaft in Westeuropa und der schrittweisen Errichtung besserer Beziehungen mit allen Teilen unseres Kontinents, **denn wir beabsichtigen keinesfalls, Westeuropa zu einer geschlossenen Festung aufzubauen,** sondern erblicken darin im Gegenteil ein wesentliches Element zur Schaffung einer Friedensordnung, die ganz Europa umfaßt." Es handelt sich in der Tat um zwei taktische Konzepte, die sich ausschließen.

Die nächste Frage, die wir als Marxisten-Leninisten stellen müssen, wenn wir nicht auf dem Niveau des Bewußtseins der Bourgeoisie stehen bleiben wollen, ist die nach den materialistisch zu begründenden Entwicklungstendenzen dieses Kampfes innerhalb der Bourgeoisie. Was diese Frage angeht, so stellt der Artikel Hypothesen auf, bei denen ebenfalls Unklarheiten in der Formulierung vorlagen: "Aus dieser Lage ergibt sich ein fundamentaler Widerspruch für die westdeutschen Monopole: sollen sie die US-SU-Herrschaft über die Welt anerkennen und sich **im Einverständnis** mit USA und SU möglichst günstig einzurichten suchen?. . . Oder sollen sie sich dagegen zur Wehr setzen und zur 'unabhängigen dritten Weltmacht' aufstreben?" In dieser Formulierung fehlen wesentliche Dinge: erstens kann "Anerkennung" hier nur bedeuten: **vorübergehende, vertragliche** Anerkennung. Selbstverständlich wird kein Imperialismus die Einflußsphären seiner Konkurrenten **dauerhaft** anerkennen. Zweitens ist auch die "US-SU-Herrschaft" keine stabile Sache, sondern nur das labile Gleichgewicht zweier Konkurrenten, deren Konkurrenz heftig weiterbesteht. Drittens ist das ka) einerseits und den politischen Entwürfen über verschiedene Etappen der Expansion andererseits? Diese Frage ist keineswegs leicht zu benatworten, wie es z.B. die Tatsache der Rußlandreise deutscher Kapitalisten im Januar 1971 zeigt: an der Delegaation beteiligten sich folgende Mitglieder: Wolff von Amerongen (Vorsitzender des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft), Dax (Siemens), Hansen (Bayer), Menges (GHH), Overbeck (Mannesmann), Sammet (Hoechst), Timm (BASF), Ulrich (Deutsche Bank). Eine "Fraktionierung" ist hier schwer festzustellen, obwohl auf der anderen Seite aus der einfachen Tatsache der Besichtigungsreise auch nicht geschlossen werden kann, daß alle vertretenen Monopole in gleicher Weise an der Ostexpansion interessiert sind.

Zum Schluß muß noch auf weitere Lücken des Artikels hingewieseen werden: Erstens wird bei der Frage "Westeuropäischer" oder "osteuropäischer Weg" die Rolle des proletarischen Klassenkampfes nicht erwähnt. Es ist klar, daß der "osteuropäische" Weg in mancher Hinsicht besser geeignet ist, das Proletariat zu beschwichtigen und zu betrügen. Diese Tatsache wird natürlich gerade in einer Phase sich verschärfender Klassenkämpfe für die Bourgeoisie sehr wichtig sein.. Zweitens fehlen bei der taktischen Linie der KPD/ML gegenüber dem "osteuropäischen Weg" einige notwendige Punkte: auch im Falle des Hauptschlages gegen die SPD ist es unsere Aufgabe, die Massen gegen die Verbrechen des Imperialismus und Militarismus zu mobilisieren und sie aufzuklären über die Vorbereitung des Sozialfaschismus sowie den Kampf dagegen. Wir sind keinesfalls der Meinung, daß die SPD "friedliebend" wäre. Das kann sie nicht sein, da sie die Interessen aggressiver Monopole vertritt.

schaft", von "Marktchancen" usw. – wie steht es aber in Wirklichkeit damit?

Die Regierungen der Erdölländer sind nicht Besitzer ihres Reichtums, sondern nur Makler. Insofern gibt es eine Parallele zwischen ihnen und den Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen. Makler vertreten immer in erster Linie die Interessen eines Auftraggebers. Bei den Gewerkschaften sind die Auftraggeber eigentlich die Arbeiter. Seit langem jedoch handeln die Gewerkschaften als Makler der imperialistischen Konzerne. Bei den Regierungen der Erdölländer sind die Auftraggeber eigentlich die Völker dieser Länder, die von den Imperialisten im Laufe des 19. Jahrhunderts in Unterentwicklung gestoßen und seitdem darin gehalten wurden. Regierungen wie die des Schah oder des Königs Feisal handeln jedoch in Wahrheit als Makler der imperialistischen Konzerne. Das geht deutlich aus der Entwicklung der letzten Wochen hervor.

Am Anfang bildeten die zehn wichtigsten Erdölländer einen geschlossenen Block gegen die imperialistischen Konzerne. Als Gegenmaßnahme bildeten die Konzerne unter Führung der US-Konzerne ein weltweites Kartell. Auf Anweisung dieses Kartells (das nach dem "Anti-Kartell-Gesetz" der USA eigentlich illegal ist!) schickte Nixon seinen Unterstaatssekretär John Irwin zum Schah, zum König von Saudi-Arabien und zum Scheich von Kuweit. Dem Sinne nach wird Irwin folgendes erklärt haben: "Liebe Freunde: ihr wißt sehr gut, daß ihr eure Völker unterdrückt, ausbeutet und an uns verkauft habt. Ihr wißt deshalb auch, daß ihr von euren Völkern gehaßt werdet. Deshalb braucht ihr Waffen zur Niederhaltung eurer Völker. Die Waffen bekommt ihr von uns. Wir werden euch aber keine Waffen mehr liefern, wenn ihr unverschämt werdet."

nopole waren. Natürlich kämpften sie mit allen verfügbaren Mitteln, vor allem mit den Mitteln des Streiks, um den vollen Wert der Arbeitskraft wenigstens annähernd bezahlt zu bekommen. Mit solchen kämpferischen Gewerkschaften kann man die zweite Gruppe von Regierungen der Erdöllager, hauptsächlich Algerien und Libyen, vergleichen. In diesen Ländern sind zwar nicht das Proletariat und die armen und mittleren Bauern an der Macht, aber auch nicht mehr die reaktionären Feudalherren und die Kompradorenbourgeoisie (von den Imperialisten abhängige einheimische Monopolhändler). An der Macht ist vielmehr die nationale Bourgeoisie, in deren Interesse es liegt, sich von den Imperialisten unabhängig zu machen, weil sie sonst nie auf einen grünen Zweig kommt. Die nationale Bourgeoisie muß die Kompradorenbourgeoisie in Schach halten, sie muß sich deshalb bis zu einem gewissen Grade auf die Massen der werktätigen Arbeiter und Bauern stützen. Insofern wird sie zum Makler des Volkes. Ihr nächstes und wichtigstes Ziel ist es, die Erdölindustrie ihres Landes zu **verstaatlichen,** um sie der direkten Verfügung der Imperialisten zu entziehen. Diese Verstaatlichung bedeutet keinen Sozialismus, sie bedeutet nur Staatskapitalismus. Wenn die Erdölländer ihr Erdöl selbst besitzen und selbst verkaufen können, hätten sie bedingte Möglichkeiten den "freien Markt" auszunützen, sonst nicht.

Die nächste Frage ist folgende: was nützt z.B. den deutschen Arbeitern mehr – die Politik des Schahs oder die Algeriens und Libyens? Diese Frage ist leicht zu beantworten. Wenn das Benzin jetzt teurer wird, dann deshalb, weil **alles Benzin auf dem Markt von den imperialistischen Monopolen angeboten wird.** Wenn Algerien und Libyen ihr Erdöl selbst besäßen, könnten sie es **billiger nach Westeuropa verkaufen.**

Dieses Schwanken ist günstig sowohl für die Arbeiter Westeuropas wie auch für die Werktätigen der unterdrückten Länder. Sie können diese Widersprüche ausnützen. Wenn Algerien und Libyen ihr Erdöl restlos verstaatlichen, können sie es billig anbieten. **Aber sie sind dann auf einen Teil der westeuropäischen Bourgeoisie angewiesen, der es übernimmt, dieses Erdöl zu vertreiben und einen eventuellen Boykott des Teheran-Kartells zu durchbrechen.**

Zusammengefaßt: Die Interessen der westdeutschen Arbeiter sind die gleichen wie die der unterdrückten Völker. Stattdessen will uns die Bourgeoisie weismachen, wir hätten die gleichen Interessen wie die Erdölmonopole. Deshalb reden sie in ihrer Presse von "unserer Gelsenberg AG" und "unseren Technikern" in Libyen. Wenn es unsere Gelsenberg wäre, zahlten wir höchstens 20 Pfg. pro Liter Benzin.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

2 Hamburg 71, Postfach 464. Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust. Verlag: Detlef Schneider.

Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg 70. Postscheckkonto: Detlef Schneider, Hamburg, Nr. 3364 44. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis: 1,-- DM. Jahresbezugspreis: 11,– DM (einschließlich Porto)